Senioren Kurier

Mitteilungsblatt des Landesseniorenbeirats Mecklenburg-Vorpommern e. V.
30. Jahrgang | Nr. 3 / 2025

Strukturelle Gewalt in der Pflege erkennen und verhindern

Impulse vom 13. Landespräventionstag Mecklenburg-Vorpommern

Preisträger des Landespräventionspreises MV mit Innenstaatssekretär Wolfgang Schmülling und Sozialministerin Stefanie Drese *Foto: Innenministerium MV*

Der 13. Landespräventionstag Mecklenburg-Vorpommern widmete sich am 2. Juli 2025 an der Hochschule Neubrandenburg einem Thema von hoher gesellschaftlicher Relevanz: Gewalt erkennen, verstehen und verhindern. Rund 180 Fachpersonen aus den Bereichen Pflege, Medizin, Justiz, Polizei, Verwaltung und Selbsthilfe diskutierten gemeinsam Ursachen, Dynamiken und Präventionsstrategien im Kontext institutioneller Gewalt. Die Veranstaltung wurde durch die feierliche Verleihung des Landespräventionspreises 2025 ergänzt, mit der innovative Projekte aus dem Ge-

Fortsetzung auf Seite 2

Aus dem Inhalt

Seite	8	**Alt und arm? Wenn das Alter zur Risikozone wird!**
Seite	21	**Aus Landkreisen und Städten**
Seite	28	**Neunter Altersbericht der Bundesregierung**

Liebe Vereinsmitglieder, sehr geehrte Leser des „Seniorenkuriers“,

Die Stimme der älteren Generation wird in unserer Gesellschaft immer wichtiger, nicht nur wegen des demografischen Wandels, sondern auch aufgrund der vielfältigen Lebenserfahrungen, die Seniorinnen und Senioren einbringen.

Der Vorstand des Landesseniorenbeirates Mecklenburg-Vorpommern hat in den vergangenen Wochen mit den Fraktionen von SPD, CDU, Linken und Bündnis 90/Die Grünen in einem konstruktiven Austausch gestanden. Ein Gesprächsangebot vom Vorstand des LSB an die Fraktion der AfD wurde nicht angenommen. In allen Gesprächen wurde die große Bedeutung der ehrenamtlichen Arbeit der Seniorenbeiräte in unserem Bundesland herausgestellt, besonders die umfangreichen Stellungnahmen des LSB zu Gesetzen und Verordnungen. Von allen Fraktionen wurde uns die Unterstützung bei der Umsetzung der Beschlüsse sowie der Resolution des 13. Altenparlamentes zugesagt.

Der Vorstand des LSB erwartet von den politischen Gremien, dass die Anstrengungen in der Gesundheitsversorgung, insbesondere im ländlichen Raum, die Verbesserung der Pflegesituation sowie die Vermeidung von Altersarmut mehr Berücksichtigung in den Entscheidungsprozessen finden.

Unterstützend sollten durch die Landesregierung auch Bundesratsinitiativen angestoßen werden. Bei der Seniorenarbeit geht es um Teilhabe, soziale Gerechtigkeit, Gesundheitsversorgung, Mobilität, Digitalisierung, Wohnen, Pflege, Renten und vieles mehr. Der Landesseniorenbeirat wird auch weiterhin unabhängig, überparteilich und beratend mit seiner Expertise die Arbeit der Landesregierung begleiten. Alle Fraktionen versicherten dem Vorstand, auch zukünftig die ehrenamtliche Arbeit der Seniorenbeiräte zu unterstützen, damit die Interessen der Seniorinnen und Senioren weiterhin Beachtung finden.

Allen Fraktionen wurde eine Einladung zur Mitgliederversammlung des LSB am 14. und 15. Oktober 2025 in Banzkow ausgesprochen.

Joachim Kießling
Vorsitzender des
Landesseniorenbeirats M-V e. V.

Fortsetzung von Seite 1

sundheits- und Sozialbereich gewürdigt wurden.

Preisträger des Landespräventionspreises 2025

Der Landespräventionspreis wurde durch das Innenministerium Mecklenburg-Vorpommern verliehen und zeichnete drei Projekte aus, die sich durch innovative Ansätze zur Gewaltprävention hervorgetan haben: Der Pommersche Diakonieverein e.V. mit dem Projekt „Gewaltschutz neu denken", die Klinik für Psychiatrie und Psychotherapie der Universitätsmedizin Rostock für ihr Deeskalationstraining in stationären Einrichtungen sowie die Landesfachstelle Demenz M-V, die mit einem sozialraumorientierten Ansatz zur Gewaltvermeidung im Alter überzeugte.
Die Hochschule Neubrandenburg war an der Jury beteiligt und setzte zugleich mit wissenschaftlichen Beiträgen fachliche Impulse.

Gewalt in der Pflege: strukturelle Ursachen erkennen

Ein zentraler Fokus des Präventionstags lag auf der Pflege. Im Vortrag „Gewalt erkennen, verstehen und verhindern – Eine Einordnung aus Sicht der Pflegewissenschaft und Pflegepraxis" wurden die strukturellen Bedingungen analysiert, unter denen Gewalt in Pflegekontexten entstehen kann. Der Vortrag verwies auf institutionelle Faktoren wie Zeitdruck, unklare Abläufe, Personalmangel und mangelnde Unterstützung, die Grenzverletzungen oder Vernachlässigung begünstigen, oftmals nicht aus bewusster Aggression, sondern als Folge struktureller Überforderung.
Gewalt in der Pflege kann nicht ausschließlich als individuelles Fehlverhalten verstanden werden, sondern steht im Zusammenhang mit systemischen Rahmenbedingungen. Entsprechend müssen präventive Maßnahmen auf der strukturellen Ebene ansetzen.

Digitale Assistenzsysteme als Beitrag zur Gewaltprävention

Ein praxisnahes Beispiel hierfür lieferte das von der GKV-Spitzenverband geförderte Forschungsprojekt EASY – Digitale Assistenzsysteme, das an der Hochschule Neubrandenburg mit mehreren Partnern der Langzeitpflege durchgeführt wurde. Die Studienergebnisse belegen, dass durch digitale Unterstützungssysteme in stationären Pflegeeinrichtungen sowohl die Schlaf- und Lebensqualität der Bewohner und Bewohnerinnen gesteigert als auch Pflegende deutlich entlastet werden konnten. Insbesondere Sturzraten, Materialverbrauch und Zeitaufwand reduzierten sich messbar.
Aus pflegewissenschaftlicher Perspektive liegt hierin ein wesentlicher Beitrag zur Gewaltprävention: Indem digitale Systeme Routineaufgaben effizient unterstützen, gewinnen Pflegekräfte Zeit und Handlungsspielraum für zwischenmenschliche Zuwendung – ein zentrales Element für würdige, gewaltfreie Pflege.

Pflegewissenschaft im Zentrum gesellschaftlicher Verantwortung

Der Landespräventionstag machte deutlich, dass Gewaltprävention im Pflegebereich interdisziplinäres Wissen, strukturelle Reformen und eine ethisch reflektierte Pflegepraxis voraussetzt. Pflegewissenschaft kann und muss dabei eine doppelte Rolle einnehmen: Sie trägt zur empirischen Analyse von Gewaltphänomenen bei und liefert zugleich Konzepte zur präventiven Umgestaltung von Versorgungssettings.
Die Hochschule Neubrandenburg unterstreicht mit ihrer Forschung und Lehre, exemplarisch im Projekt EASY, das Potenzial pflegewissenschaftlicher Erkenntnisse für praktische und politische Handlungsperspektiven.

Prof. Dr. Stefan Schmidt

Erfahrungsaustausch mal anders

Seniorenbeiräte trafen sich in Schwaan zur Klausurtagung

Am 3. Juni 2025 fand in Schwaan eine Klausurtagung des Vorstands des Landesseniorenbeirates gemeinsam mit den Vorsitzenden der Seniorenbeiräte der kreisfreien Städte und der Kreisseniorenbeiräte aus Mecklenburg-Vorpommern statt. Zu den Teilnehmenden zählte ebenfalls Sara Olsen aus dem Ministerium für Soziales, Gesundheit und Sport M-V. Die Veranstaltung wurde auf dem Elektromotorschiff „Warnowlöper" durchgeführt. Mathias Schauer, Bürgermeister in Schwaan, begrüßte die Anwesenden und wünschte eine erfolgreiche Beratung. Pünktlich begann die Sitzung und der Vorsitzende des Landesseniorenbeirates M-V Joachim Kießling hieß die Gäste herzlich willkommen. Aufgrund der jüngsten Kommunalwahlen wurden in den Landkreisen neue Kreisseniorenbeiräte gewählt, weshalb zu Beginn eine Vorstellungsrunde stattfand. Im Anschluss berichteten die Vorstandsmitglieder des Landesseniorenbeirates über ihre Tätigkeitsbereiche und Schwerpunkte. Ebenso informierten die Vorsitzenden der Kreisseniorenbeiräte über ihre Arbeit. Im Mittelpunkt standen dabei die Umsetzung der Beschlüsse des 13. Altenparlaments sowie die seniorenpolitischen

Joachim Kießling und Bernd Rosenheinrich (v.l.) im Gespräch vor dem Elektromotorschiff „Warnowlöper" *Foto: Peter Lundershausen*

Konzepte auf Kreisebene. Darüber hinaus wurden bestehende Herausforderungen und Problemlagen auf lokaler und überregionaler Ebene thematisiert. Es entwickelte sich ein intensiver Austausch von Informationen, Meinungen und Erfahrungen sowie ein Abgleich von Zielsetzungen und Terminen. Während der Tagung konnten sich die Teilnehmer an Bord stärken. Am Nachmittag legte das Schiff wieder in Schwaan an und alle Beteiligten kehrten wohlbehalten zurück.

Mit großer Zufriedenheit über den fachlichen Austausch und die gelungene Veranstaltung traten die Teilnehmenden den Heimweg an. Der Landesseniorenbeirat Mecklenburg-Vorpommern bedankt sich bei allen Gästen sowie dem Organisator des Tagungsschiffes Renee Recke und blickt erwartungsvoll auf zukünftige Treffen. *RR*

Zwischen den Monaten

Ergebnisse von Mai bis August in unserem Bundesland unter Mitwirkung des LSB

In der Zeit vom 15. Mai bis zum 15. August hat der LSB vier **Stellungnahmen zu Gesetzentwürfen** abgegeben. Im Rahmen einer Ressortanhörung zum Entwurf eines Gesetzes zum Achten Staatsvertrag zur Änderung medienrechtlicher Staatsverträge – Reform des Verfahrens zur Festsetzung des Rundfunkbeitrages und zum Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Heilberufsgesetzes und weiteren Gesundheitsrechts.

An den Sozialausschuss im Landtag M-V erfolgte eine Stellungnahme in Form einer schriftlichen Anhörung zum Gesetzentwurf zum Staatsvertrag zur Aufgabenerfüllung nach dem Barrierefreiheitsstärkungsgesetz sowie eine öffentliche und schriftliche Anhörung zum Entwurf eines Krankenhausgesetzes für das Land Mecklenburg-Vorpommern.

*

Brigitte Seifert und Brigitte Gluth nahmen am 22. Mai an der **Fachtagung *senior*Trainer** zum Thema „Demokratie leben und gestalten" teil. Hier ging es um die Rolle der Zivilgesellschaft bei der Gestaltung der Demokratie und um die politische Teilhabe Älterer zur Stärkung demokratischer Kompetenzen.

*

Am 4. Juni fand eine hybride Veranstaltung zur Erarbeitung der **Landeskonzeption Suchtprävention** im Rahmen der umsetzungsorientierten Weiterentwicklung der Landesstrategie Gesundheitsförderung und Prävention Mecklenburg-Vorpommern statt. Brigitte Seifert nahm für den Landesseniorenbeirat teil.

*

Am 13. Juni fand die **4. Kuratoriumssitzung der Ehrenamtsstiftung MV (EAS MV)** in Güstrow statt. Es wurde Bilanz zu den Aktivitäten der Geschäftsstelle der EAS MV im ersten Halbjahr 2025 gezogen. Es folgte die Kurzvorstellung der Ergebnisse des Ehrenamtsmonitor 2025.

Peter Lundershausen nahm als Kuratoriumsmitglied an der Veranstaltung teil. Er setzte sich in der Sitzung nochmals verstärkt für die Belange der Senioren ein, durch die ein hoher Anteil an ehrenamtlicher Arbeit geleistet wird.

Die **Finissage der KI-Woche an der Uni Rostock** fand am 19. Juni statt. In einer interaktiven Themenwoche wurde erklärt, was diese Entwicklung für Patienten, Ärzte, Pflegekräfte und Angehörige bedeutet. Dafür wurden wissenschaftliche Forschung und Unternehmensprojekte aus Mecklenburg-Vorpommern, die KI für die Medizin entwickeln, präsentiert. Peter Lundershausen besuchte im Auftrag des LSB die Finissage.

Fortsetzung auf Seite 4

Fortsetzung von Seite 3

Im Rahmen der Erarbeitung **seniorenpolitischer Gesamtkonzepte** im Landkreis Mecklenburgische Seenplatte ist es gelungen, weitere Projekte anzustoßen und zu realisieren. Brigitte Seifert traf sich hierzu am 20. Juni im Landtag MV mit Christine Klingohr von der SPD-Landtagsfraktion, um einen Rückblick auf die umgesetzten Projekte zu werfen und gemeinsam weitere Schritte der Seniorenpolitik zu diskutieren.

*

Am 24. Juni fand in der Tagungsstätte des Internationalen Bundes in Greifswald der **„4. Runde Tisch Medienkompetenz" für Mecklenburg-Vorpommern** statt, organisiert von der Landeszentrale für politische Bildung Mecklenburg-Vorpommern und der Medienanstalt Mecklenburg-Vorpommern.

Die Veranstaltung brachte rund 60 interessierte Akteure aus dem gesamten Land zusammen, um über die Bedeutung der Medienbildung zur Stärkung der Demokratie zu diskutieren. Peter Lundershausen nahm für den LSB MV an dieser Veranstaltung teil. Hier gab es Vorträge zu den Themen: „Wirkung sozialer Medien: Eine differenzierte Einordnung" und „KI und Bildung als gemeinsame Verantwortung: Medienbildung im Zeitalter algorithmischer Systeme"

*

Auf dem jährlichen Treffen der Seniorenvertreterinnen und -vertreter des **Deutschen Philologen Verbandes** am 26. Juni in Rostock hielt Brigitte Seifert zum Themenkomplex „Ein gutes Leben im Alter" einen Vortrag zum Seniorenmitwirkungsgesetz und dem Altenparlament in MV.

*

Am 30. Juni nahm Bernd Rosenheinrich an einer **Fachkonferenz des Antidiskriminierungsverbandes M-V** zur Antidiskriminierungsarbeit in Mecklenburg-Vorpommern im Rittersaal in Schwerin teil.

ANTIDISKRIMINIERUNGSVERBAND
Mecklenburg-Vorpommern

Die Fachkonferenz vermittelte einen Überblick über aktuelle Entwicklungen, Herausforderungen und Perspektiven der Antidiskriminierungsarbeit in Mecklenburg-Vorpommern. Im Zentrum standen die landesgesetzlichen und strukturellen Rahmenbedingungen sowie der Austausch zwischen Akteuren aus Politik, Verwaltung, Zivilgesellschaft und Beratungspraxis. Nach einem Grußwort der Justizministerin Jacqueline Bernhardt folgten ein Impulsvortrag: „Antidiskriminierung in M-V: Wie weiter?" und ein Fachvortrag: „Aufbau von Antidiskriminierungsberatungsstrukturen" durch Ilka Simon vom Antidiskriminierungsverband Deutschland e. V. Nach einer kurzen Vorstellung des Bundesverbandes behandelte sie in einer Präsentation die Schwerpunkte: Was ist Antidiskriminierungsberatung? Warum ist die Beratung wichtig? Was braucht es für eine wirksame Antidiskriminierungsberatung?
Zum Abschluss diskutierten Experten im Rahmen einer Podiumsdiskussion: „Wie kann gute Antidiskriminierungsarbeit in M-V gelingen?".

*

Die auf Initiative des Landtages eingesetzte Gesundheitskommission MV plant den **Geriatrieplan M-V** zu überarbeiten. Die Gesundheitskommission MV ist ein Gremium, das auf der Grundlage der Ergebnisse der Enquetekommission zur Zukunft der medizinischen Versorgung in MV arbeitet. Dazu fand am 2. Juli im Rittersaal in Schwerin eine Veranstaltung statt, an der Bernd Rosenheinrich teilnahm. Damit der neue Geriatrieplan auch von der Expertise verschiedener Akteure aus unterschiedlichen Bereichen profitieren kann, erfolgte eine Einladung zu einer ersten Werkstatt.
Für die Überarbeitung des Geriatrieplans M-V ist vorgesehen, Werkstätten zu organisieren, in denen über die einzelnen Kapitel des Planes diskutiert wird und Änderungsvorschläge eingereicht werden können. Die einzelnen Kapitel stützen sich zunächst auf die Version des Geriatrieplanes 2012 und eine Entwurfsversion von 2018 und wurden als erste Vorlage für die Werkstätten überarbeitet und den Teilnehmern zur Verfügung gestellt.
Innerhalb der Werkstatt lag der Fokus auf der Durchführung eines „World-Cafés", in dem die bisher erstellten Kapitelentwürfe an fünf Thementischen diskutiert wurden. Besonderes Augenmerk legte Bernd Rosenheinrich auf die Themen der Tische ambulante und stationäre geriatrische Versorgung und Aus-, Weiter- und Fortbildung verschiedener Berufsgruppen. Besonders erfreut war er über die Teilnahme von Prof. Maik Gollasch und Prof. Maximilian König von der Uni-Medizin Greifswald. Prof Gollasch verwies an den Thementischen mehrfach auf die Beschlüsse des Altenparlaments M-V zur geriatrischen Versorgung. Weitere Werkstätten sind im September und November 2025 geplant.

*

Am 3. Juli fand der **Landespräventionstag „Gewalt in der Pflege"** in der Hochschule Neubrandenburg statt (Beitrag Seite 1). Ziel dieser Veranstaltung war es, mit Fachvorträgen und Workshops über diese Problematik offen und differenziert zu sprechen, umfassend zu informieren und alle Beteiligten zu sensibilisieren. Gleichzeitig wurde der Landespräventionspreis 2025 übergeben. Für den Landesseniorenbeirat nahmen Brigitte Seifert und Peter Lundershausen teil.

Am 9. Juli fand eine **Anhörung im Sozialausschuss des Landtages M-V zum Landeskrankenhausgesetz** statt. Im Auftrag des LSB nahm Bernd Rosenheinrich daran teil.
Befragt wurden ca. 15 Experten aus verschiedensten Bereichen. Dem ging eine schriftliche Stellungnahme zu 22 Fragen eines Fragenkatalogs voraus. In der mündlichen Stellungnahme wurde besonders auf die Notwendigkeit einer geriatrischen Versorgung älterer Patienten und eine angemessene stationäre Unterbringung z. B. dementer Patienten hingewiesen.
Die Regelungen zur Notfallversorgung im Gesetzentwurf reichen aus heutiger Sicht nicht aus, um eine dauerhaft erreichbare und flächendeckend gute Versorgung sicherzustellen – vor allem nicht im ländlichen Raum. Unter Kritik stehen die stundenlangen Wartezeiten in der Notfallversorgung. Diese entstehen durch Fachkräftemangel auf den Notfallstationen oder in den Stationen der Fachbereiche und fehlende Betten auf den Stationen. Ein kritischer Punkt ist die Versorgung der Patienten mit Medikamenten bei der Entlassung.
Der Gesetzgeber bietet die Möglichkeit, ein Rezept für die Versorgung mit den neuen Medikamenten bis sieben Tage auszustellen. Leider erfolgt dies nicht überall. Deshalb muss der Patient sofort am Folgetag seinen Hausarzt aufsuchen. Dies ist aber inzwischen eine Illusion. Die telefonische Erreichbarkeit ist nicht immer gegeben. Ohne Terminabsprache ist eine Konsultation nicht immer kurzfristig möglich. Muss die Apotheke das verordnete Medikament erst beschaffen, geht ein weiterer Tag verloren. Bei der Beurteilung der Qualität und Leistung einer Klinik könnten die Bewertungen durch Patienten im Netz sehr hilfreich sein. Manche Kliniken schneiden da nicht gut ab. Die Erarbeitung einer Übersicht und Gegenüberstellung wäre durchaus mal eine interessante Aufgabenstellung für Abschlussarbeiten von Studenten der Hochschulen oder Universitäten unseres Landes.

*

Bernd Rosenheinrich nahm am 15. Juli am diesjährigen **Ersatzkassenforum der Landesvertretung M-V des Verbandes der Ersatzkassen e. V.** (vdek) in den HELIOS Kliniken Schwerin teil.
Im Mittelpunkt stand die Frage, wie der Aufbau sektorenübergreifender Strukturen für eine moderne Gesundheitsversorgung auch in einem Flächenland wie Mecklenburg-Vorpommern gelingen und nachhaltig gesichert werden kann. Eingeladen waren ca. 100 Experten aus Wissenschaft, Wirtschaft, Politik, Vereinen und Verbänden und der Gesetzlichen Krankenversicherung.
Im Fokus stand die Frage, wie die Trennung zwischen ambulanter und stationärer Versorgung und die damit verbundenen Probleme und steigenden Kosten in der Patientenversorgung überwunden werden können.
Im Verlauf der Podiumsdiskussion habe ich die Frage gestellt, warum Kliniken bei der Entlassung der Patienten kein Entlassrezept ausstellen. Das Entlassrezept ermöglicht es Krankenhauspatienten, sofort die passende Anschlussmedikation in der kleinsten Packung zu bekommen, ohne zuvor einen niedergelassenen Arzt aufsuchen zu müssen.
Trotz Verweis auf diese Möglichkeit wurden Bernd Rosenheinrich bei seiner Entlassung an einem Sonnabend nur die Medikamente für Sonnabend, Sonntag und Montag mitgegeben, sodass er am Montag umgehend seinen Hausarzt hätte aufsuchen müssen. Dieser hatte leider Urlaub. Zur Vertretung ohne Termin gegangen, war der Vormittag weg. Nachmittags zur Apotheke ergab, nicht alle Medikamente waren vorrätig und mussten beschafft werden bis zum Folgetag. Damit war die Einnahme der neuverordneten Medikamente am Dienstagmorgen nicht möglich. Ein weiteres Problem ist die Durchsetzung des Hausarztprinzips zur Patientensteuerung. Ist dies unter gegenwärtigen Bedingungen in Akutfällen überhaupt möglich und umsetzbar? Ein Drittel der Patienten, die die Notaufnahme aufsuchen, könnten von ihrem Facharzt behandelt werden. Wie lange würde dies aber dauern, um beim Facharzt einen Termin zu bekommen? Das ist in Berlin am Schreibtisch nicht feststellbar und sollte vor solchen Festlegungen gründlich analysiert werden.

*

Die Abschlussveranstaltung der Strategiegruppe zur Erarbeitung einer **Engagementstrategie des Landes MV** in Schwerin mit den am Prozess beteiligten Ressorts fand am 16. Juli 2025 statt. Es wurden konkrete Maßnahmen und Handlungsfelder herausgearbeitet. Ziel der Strategie ist es, ein auf Dauer angelegtes tragfähiges System für Engagierte zu schaffen, das verlässlich, vielfältig und zugänglich für alle ist. Brigitte Seifert nahm für den Landesseniorenbeirat teil.

*

Am 16. Juli tagte in Schwerin der **Erwerbslosenbeirat** des Landes zur Vorbereitung des Erwerbslosenparlaments am 10. November 2025 in Schwerin.

Bernd Rosenheinrich nahm als Mitglied der Landesarmutskonferenz für den LSB daran teil. Immer wieder sind die diffamierenden Äußerungen zu Bürgergeldempfängern und Langzeitarbeitslosen Gegenstand der Diskussion. Nun sind auch die Rentner im Visier. Babyboomersoli oder mehr und länger arbeiten sind so die Ausführungen zu den faulen Rentnern.

Fortsetzung auf Seite 6

Fortsetzung von Seite 5

Zur Altersarmut selbstverständlich kein Wort. Hier erinnern wir an die vorgesehene Fachtagung der Landesarmutskonferenz M-V „Armutsrisiko Altern – Altersrisiko Armut“ am 10. Oktober in der Hochschule Neubrandenburg. Der LSB wird auch mit einem Stand vertreten sein.

*

Die **Landesarbeitsgemeinschaft Sport und Gesundheit des Landessportbundes** tagte am 17. Juli in der Sportschule Warnemünde. Georg Weckbach nahm für den Landesseniorenbeirat daran teil.

Schwerpunkt war die Landeskonzeption für das Handlungsfeld Gesundheitsförderung und Prävention.

Die ministeriellen Materialien wurden nur vertraulich zur Verfügung gestellt. Es wurde bei der Bewegungsförderung auf die Kompetenz des Landessportbundes verwiesen. Im Bericht über den 14. Deutschen Seniorentag in Mannheim hat Herr Weckbach über fehlende Aussagen zur Gesundheitsförderung berichtet.

Die diesjährige Regionalkonferenz Gesundheit vom Landessportbund wird am 17.09.2025 durchgeführt.

*

Im Ergebnis des Paktes für Pflege wurde die **Arbeitsgruppe „Sorgende Gemeinschaft“** gegründet, in welcher Bernd Rosenheinrich als Mitglied der AG Demenz mitwirkt. Die erste Sitzung der AG fand am 18. Juli in Schwerin statt.

Sie wurde gegründet, um kommunale Handlungsansätze zur Weiterentwicklung aber auch Implementierung von sorgenden Gemeinschaften zu unterstützen und Maßnahmen zu deren Stärkung und Unterstützung zu ergreifen. Weiterhin sollen bereits bestehende Angebote sichtbarer gemacht und das Engagement gefördert werden. Die Idee der „sorgenden Gemeinschaften“ ist nicht neu. So werden Sorgeaufgaben schon immer von Familien, Nachbarschaften, Freundeskreisen und in gesellschaftlicher Selbstorganisation wahrgenommen sowie in den Kommunen durch Gemeinwesen- oder Quartiersarbeit unterstützt. „Sorgende Gemeinschaften“ bieten Unterstützung bei der selbstständigen Lebensführung und sozialen Teilhabe älterer Menschen und können die Angehörigen von Pflegebedürftigen entlasten. In einer Zielmatrix sollen die strategischen Ziele und die dazugehörigen strategischen Handlungsfelder und Maßnahmen rund um das Thema sorgende Gemeinschaften erfasst und systematisiert werden. Im August wurde daran weitergearbeitet. Des Weiteren wurde über den Teilnehmerkreis der AG diskutiert. Bürger, Multiplikatoren und Akteure vor Ort sollen dabei nicht nur als Zielgruppe, sondern auch als Mitgestaltende stärker in die AG eingebunden werden.

*

Am 25. Juli 2025 nahm Georg Weckbach als Vertreter des LSB an der Plenumssitzung des **Aktionsbündnis Gesundheit MV** teil.

Die Materialien zur Landeskonzeption Gesundheitsförderung wurden den Mitgliedern nur vertraulich zur Verfügung gestellt. Demnächst sollen den Mitgliedern des Aktionsbündnisses die verschiedenen Konzeptionen überarbeitet vorliegen. ■

Abschied von Erika Drecoll

Unser Ehrenmitglied Erika Drecoll ist am 5. August 2025 im Alter von 88 Jahren nach langem Krankenhausaufenthalt und endlich im Wunschpflegeheim in Rostock angekommen, von uns gegangen.

Sie hatte nach einem Sturz im eigenen Haus eine lange Odyssee mit Operationen und einer Reha gut überstanden und war mit Unterstützung ihrer Familie in ein Pflegeheim umgezogen. Noch nicht ganz eingerichtet ist sie nun friedlich eingeschlafen.

Eine kraftvolle, oft mahnende, aber auch für die Sache streitbare Stimme ist für immer verstummt. Erika, wir werden dich sehr vermissen.

Erika Drecoll gehörte im Jahr 2000 zu den Mitbegründern des Seniorenbeirates der Hansestadt Rostock und war seit 2005 1. Stellvertreterin des Sprecherrats. Sie wurde 2002 in den Vorstand des Landesseniorenbeirats gewählt. Sie war zunächst Beisitzerin für Öffentlichkeitsarbeit, von 2003 bis 2005 Schatzmeisterin und von 2009 bis 2013 stellvertretende Vorsitzende.

Großes Engagement zeigte Erika Drecoll bei der Vorbereitung und Durchführung der Altenparlamente in Mecklenburg-Vorpommern.

Sie war viermal stellvertretende Leiterin, einmal Leiterin des Organisationskomitees, Präsidentin des 3. und 7. Altenparlaments und stellvertretende Präsidentin des 6. Altenparlaments. Des Weiteren leitete sie verschiedene Arbeitskreise auf dem 6., 7. und 8. Altenparlament.

Erika Drecoll war von 2012 bis 2016 Mitglied der Enquetekommission des Landtages „Älter werden in Mecklenburg-Vorpommern“.

In Anerkennung ihrer jahrelangen verdienstvollen Tätigkeit im Landesseniorenbeirat wurde Erika Drecoll auf der Mitgliederversammlung 2013 zum Ehrenmitglied ernannt.

Gesetzesinitiative zur vollstationären Pflege

Weiterentwicklung des Einrichtungenqualitätsgesetzes zu Wohn- und Teilhabegesetz

Sozialministerin Stefanie Drese stellte am 25. Juni 2025 im Landtag eine Gesetzesinitiative der Landesregierung für den Bereich des Heimrechts in der Pflege und Eingliederungshilfe vor. So soll das bisherige Einrichtungenqualitätsgesetz (EQG) zu einem modernen Wohn- und Teilhabegesetz (WoTG) weiterentwickelt werden. Der Gesetzentwurf wurde vom Landtag zur Beratung in die Ausschüsse überwiesen.

Die Regelungen sollen durch mehr Flexibilität und weniger Bürokratie moderner und praxisnäher ausgestaltet werden. Dazu gehörten angepasste Erprobungsregelungen sowie die Vermeidung von Doppelzuständigkeiten und Doppelprüfungen zum Beispiel bei der Prüftätigkeit der zuständigen Heimaufsicht, des Medizinischen Dienstes oder des Eingliederungshilfeträgers.

Gleichzeitig wird eine Harmonisierung von Leistungs- und Ordnungsrecht angestrebt, außerdem sollen Beratungsansatz sowie Verbraucherschutz gestärkt werden.

Der Landesseniorenbeirat wird am 24. September in der öffentlichen Anhörung des Sozialausschusses im Landtag M-V hierzu seine Stellungnahme abgeben. ■

Geriatrieplan des Landes soll überarbeitet werden

Bisherige Ergebnisse der Arbeitsgruppen auf Werkstattsitzung vorgestellt

Gesundheitsministerin Stefanie Drese will die gesundheitliche Versorgung älterer Menschen verbessern und zukunftsfest aufstellen. Dazu soll der Geriatrieplan für Mecklenburg-Vorpommern überarbeitet werden. Eine Werkstattsitzung, bei der die bisherigen Ergebnisse der verschiedenen Arbeitsgruppen vorgestellt wurden, fand Anfang Juli in Schwerin statt. Damit soll eine breite Diskussion zu den verschiedenen Themen ermöglicht werden.

Der Geriatrieplan umfasst Eckpfeiler der Behandlungs- und Versorgungsstrukturen in der Altersmedizin. Der Plan soll die Folgen des demografischen Wandels professionell begleiten und die geriatrischen Versorgungsangebote vernetzen. Dazu gehören neben Prävention und Gesundheitsförderung der gesamte ambulante Bereich, die Akutkrankenhäuser, aber auch unsere Reha- und Pflegeeinrichtungen sowie die Palliativversorgung.

Für die Erarbeitung des neuen Geriatrieplanes sind alle Akteure, die entweder Mitglieder der Expertenkommission zur Weiterentwicklung der Gesundheitsversorgung in MV (Gesundheitskommission MV) sind oder sich thematisch mit Geriatrie beschäftigen, eingebunden. ■

Apotheken im Land M-V vor Herausforderungen

Gesetzreform zur Stabilisierung der Versorgung vor Ort notwendig

In Mecklenburg-Vorpommern gibt es pro 100.000 Einwohnerinnen und Einwohner 22,6 Apotheken. Damit liegt unser Bundesland leicht über dem Bundesdurchschnitt mit 21 Apotheken auf 100.000 Einwohner. Dennoch stehen die Apotheken in einem dünn besiedelten Flächenland vor großen Herausforderungen, sagte Gesundheitsministerin Stefanie Drese nach ihrem Informationsbesuch im Rahmen der Sommertour bei Jacqueline Diem, die in Parchim zwei Apotheken betreibt.

Drese betonte in Parchim die Notwendigkeit einer Apothekenreform, die von der vormaligen Ampel-Regierung nicht mehr realisiert wurde. Die Koalitionsvereinbarung der neuen Bundesregierung bringe einige vielversprechende Maßnahmen für Apotheken in Mecklenburg-Vorpommern mit sich. Diese müssten nun aber zeitnah in Gesetzesform gegossen werden, so Drese. Besonders für ländliche Regionen könnten die geplanten Änderungen zu einer Stärkung der Apothekenfinanzierung beitragen und eine deutliche Verbesserung der Versorgungssituation bedeuten. Positiv bewertete Ministerin Drese die Erhöhung des Packungsfixums auf 9,50 Euro, mit der Option, in unterversorgten Gebieten bis zu 11 Euro zu erreichen. Auch die Entlastung von Bürokratie und Dokumentationspflichten sei überfällig. Ausdrücklich sprach Drese sich auch für eine angemessene Erhöhung des Honorars für Apothekerinnen und Apotheker aus. Die Vergütungen müssen an die allgemeinen Preissteigerungen angepasst werden, um die Wirtschaftlichkeit der Apotheken zu sichern. Dazu sollen Vergütungsverhandlungen zwischen Apotheken und dem GKV-Spitzenverband ermöglicht werden. ■

Alt und arm? Wenn das Alter zur Risikozone wird!

Fachtag der Landesarmutskonferenz am 10. Oktober 2025

Was bedeutet es, im Alter nicht mehr genug zum Leben zu haben? Wie erleben ältere Menschen Armut? Und wie kann die Gesellschaft darauf reagieren? Diese Fragen stehen im Mittelpunkt des Fachtages „Armutsrisiko Altern – Altersrisiko Armut", der am 10. Oktober 2025 von 9.45 bis 15.00 Uhr an der Hochschule Neubrandenburg stattfindet.

Veranstaltet wird der Tag von der Landesarmutskonferenz Mecklenburg-Vorpommern (LAK MV), die damit ein drängendes gesellschaftliches Thema in den Fokus rückt. Altersarmut betrifft immer mehr Menschen, die Tendenz ist steigend. Lückenhafte Erwerbsbiografien, geringe Renten, steigende Lebenshaltungskosten und gesundheitliche Einschränkungen führen dazu, dass viele ältere Menschen ihren Alltag nur schwer bewältigen können. Es braucht politische Lösungen und gesellschaftliches Engagement, um Betroffenen den Rücken zu stärken.

Die LAK MV lädt ein zum Fachtag mit folgendem Programm:

09.45 Uhr – Ankommen / Anmeldung

10.00 Uhr – Warum Altersarmut leider wieder Thema ist
Prof. Dr. Kai Brauer, Hochschule Neubrandenburg & Vorsitzender LAK MV

10.10 Uhr – Grußwort

10.30 Uhr – Menschen in Armut – jetzt auch bei uns. Wie haben wir darauf reagiert?
Heiko Lietz, Theologe, Menschenrechtler & Mitbegründer der LAK MV

10.45 Uhr – Wie Altersangst Altersarmut provoziert hat
Impulsvortrag von Prof. em. Dr. Gerd Bosbach, Hochschule Koblenz

11.30 Uhr – Altersarmut als Massenphänomen – ein aktueller wissenschaftlicher Überblick
Prof. Dr. Claudia Vogel, Hochschule Neubrandenburg

12.00 Uhr – Mittagspause & Gespräche

13.00 Uhr – Armut im Alter – das stille Ende einer Arbeitsbiografie
Volker Hertenstein, Caritas-Regionalzentrum Greifswald

13.30 Uhr – Podiumsdiskussion zur Lage älterer Menschen und der Bekämpfung von Altersarmut
Mit: Prof. Dr. Vogel, Prof. em. Dr. Bosbach, H. Lietz, Prof. Dr. Brauer, V. Hertenstein

14.30 Uhr – Resümee, Ausblick und Verabschiedung
Prof. Dr. Kai Brauer

im Anschluss gibt es Talkshops mit der Möglichkeit zum Austausch und Vernetzung

Anmeldungen bitte über das Anmeldeformular unter:
www.lak-mv.de/fachtag2025
Alternativ per E-Mail an: info@lak-mv.de
Oder direkt über den QR-Code!

Veranstaltungsort
Hochschule Neubrandenburg
Brodaer Str. 2, 17033 Neubrandenburg
Freitag, 10. Oktober 2025

Die Teilnahme ist kostenfrei. Für Getränke und einen kleinen Mittagsimbiss ist gesorgt.

Ines Jammer-Lühr
Mitglied im Sprecherkreis

20. Branchenkonferenz Gesundheitswirtschaft

Gesundheit 2025 – Europa als Impulsgeber und Jubiläumspartner

Am 11. und 12. Juni fand zum 20. Mal die Branchenkonferenz der Gesundheitswirtschaft in Rostock statt. Der Gründer der Konferenz, Prof. Dr. Horst Klinkmann, wurde anlässlich seines 90. Geburtstags live zugeschaltet. Zu den Gästen zählten internationale Vertreter, Fachleute aus der Gesundheitswirtschaft, Landtagsabgeordnete, Verbandsvertreter wie Renée Recke vom Landesseniorenbeirat und Karin Lechner vom Seniorenbeirat Wismar. Ministerpräsidentin Manuela Schwesig eröffnete die Konferenz. In ihrer Rede betonte sie, dass die Gesundheitswirtschaft eine wichtige Rolle für Arbeitsplätze in Mecklenburg-Vorpommern spielt: 16,9 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) werden hier erwirtschaftet, und jeder fünfte Arbeitsplatz gehört zu diesem Bereich.

Teilnehmer der Branchenkonferenz Gesundheitswirtschaft 2025 folgen den Ausführungen *Foto: Renee Recke*

Im weiteren Verlauf sprachen mehrere Expertinnen und Experten. Minister Dr. Wolfgang Blank hob die wirtschaftliche Bedeutung der Gesundheitswirtschaft im Ostseeraum hervor. Ministerin Stefanie Drese betonte die Wichtigkeit von Prävention, psychischer Gesundheit und der Integration ausländischer Fachkräfte. Die angebotenen Workshops an beiden Tagen waren gut besucht. Themen waren hier unter anderem: Wie ausländische Fachkräfte erfolgreich in den Arbeitsalltag integriert werden können, Lifestyle und Fitness und die Frage, ob Künstliche Intelligenz die mentale Gesundheit stärken und die Gesundheitsförderung unterstützen kann. Es wurde praxisnah diskutiert – auch das Publikum war mit einbezogen. Insgesamt war die Konferenz ein bedeutendes internationales Treffen mit starkem Fokus auf die EU.

Renee Recke

„Runder Tisch gegen Einsamkeit im Alter“

Landesregierung beschließt Abschlussbericht

Die Vereinsamung im Alter ist ein weit verbreitetes, aber oft unterschätztes Phänomen, das tiefgreifende Auswirkungen auf das Wohlbefinden und die Gesundheit von älteren Menschen haben kann. Das Sozialministerium hatte deshalb vor rund zwei Jahren einen „Runden Tisch gegen Einsamkeit im Alter“ ins Leben gerufen, dessen Abschlussbericht am 3. Juni 2025 von der Landesregierung beschlossen wurde. Mecklenburg-Vorpommern steht mit einer geringen Bevölkerungsdichte und eine der bundesweit höchsten Altersstrukturen vor besonderen Herausforderungen. Mehr als jede vierte Einwohnerin bzw. jeder vierte Einwohner ist älter als 65 Jahre. Außerdem leben in MV besonders viele Menschen alleinstehend (23 Prozent aller Personen). Mit steigendem Lebensalter nimmt dieser Anteil deutlich zu. Aufgabe des „Runden Tisches“ war es, zivilgesellschaftliche und öffentlich gestaltbare Handlungsempfehlungen zu entwickeln, um Einsamkeitsphänomenen Älterer wirksam zu begegnen, beziehungsweise einer Vereinsamung vorzubeugen. Mit diesen Fragen beschäftigten sich fünf Arbeitsgemeinschaften zwei Jahre lang. Unter anderem hat die Medienanstalt Mecklenburg-Vorpommern die Arbeitsgruppe 2 „Digitale Medien und Öffentlichkeitsarbeit – Medienkompetenz als Lebenskompetenz“ geleitet, um die digitale Teilhabe älterer Men-

Fortsetzung auf Seite 10

Fortsetzung von Seite 9

schen und die Förderung von Medienkompetenz bei der Bekämpfung von Einsamkeit zu betonen. Zugleich geht der Abschlussbericht näher auf die Ursachen und Herausforderungen der Vereinsamung in Mecklenburg-Vorpommern ein. Danach lässt sich festhalten: ein hoher Grad formaler Bildung, ein gutes soziales Netzwerk, eine gute wohnortnahe Infrastruktur mit altersgerechten Wohnbedingungen, freiwilliges Engagement oder Ehrenamt und eine gute psychische Gesundheit bieten Schutz vor Einsamkeit im Alter. Deshalb ist es wichtig, älteren Menschen Engagement und Teilhabe in der Gesellschaft zu ermöglichen, die Medienkompetenz zu erhöhen und die gesundheitliche Prävention zu stärken.

Der Abschlussbericht führt weiter aus, dass dem ländlichen Raum besondere Beachtung geschenkt werden muss. Begegnungsstätten, Mehrgenerationenhäuser, Seniorentreffs, Bibliotheken, Sportplätze, Dorfgemeinschaftshäuser und Veranstaltungsräume seien deshalb von hoher Bedeutung. Der Abschlussbericht empfiehlt derartige Orte möglichst konsumfrei oder kostenlos zu gestalten und mit kleinen Mahlzeiten zu verknüpfen, damit Menschen sich Begegnung oder auch freiwilliges Engagement leisten können. Aber auch Parkanlagen, Kleingartenvereine, Mehrgenerationenspielplätze, Plauderkassen und Plauderbänke seien zusätzlich als „Dritte Orte" unabdingbar.

Nachfolgend der Link zum Abschlussbericht der Landesregierung MV:
https://service.mvnet.de/_php/download.php?datei_id=1679740 ■

Die Ehrenamtsmessen sind volljährig geworden

Großes Interesse an den fünf Standorten der diesjährigen Präsentationen

Bereits zum 18. Mal fanden 2025 die Ehrenamtsmessen in Mecklenburg-Vorpommern statt. An fünf Standorten, Neustrelitz, Güstrow, Wismar, Grimmen und Torgelow, konnte eindrucksvoll gezeigt werden, wie vielseitig freiwilliges Engagement in MV ist und wie groß das Interesse daran. Das belegen auch die Aussteller- und Besucherzahlen, die sich auch 2025 stetig weiter erhöhten.

Ob Umwelt- oder Sozialprojekte, ob Technik, Sport oder Kultur, die Vielfalt der Themen auf den Veranstaltungen zeigte, dass Engagement viele Gesichter hat. Menschen kamen ins Gespräch, knüpften Kontakte und entdeckten neue Möglichkeiten sich einzubringen. Denn nur wenn man voneinander weiß, kann man auch gemeinsam etwas bewegen, Unterstützung finden und zusammen anpacken. Begleitet wurden die Messen von einem bunten Rahmenprogramm und vielen Mit-Mach-Angeboten für Jung und Alt. Besonderer Beliebtheit erfreute sich die Teddyklinik, bei der die jüngsten Besucher in die Rolle ihrer Eltern schlüpfen konnten und ihre „Kuscheltierkinder" den Teddy-Docs vorstellten. Auf spielerische Art und Weise wurden dabei alle Arbeitsbereiche der Ärzte und Krankenschwestern durchlaufen, um Hemmungen und Ängste vor Arzt- oder Klinikbesuchen abzubauen.

Auch Tanzeinlagen, Vorführungen der Rettungshundestaffel und musikalische Höhepunkte rundeten jeweils das Programm ab und sorgten für Stimmung. Die Planungen für die 19. Ehrenamtsmessen sind bereits angelaufen. Sobald alle Orte und Termine feststehen, informieren wir Sie gern!

Die Messen werden vom Land Mecklenburg-Vorpommern gefördert und standen auch in diesem Jahr unter der Schirmherrschaft von Ministerpräsidentin Manuela Schwesig.

Annette Funke
Koordination soziales Ehrenamt

Beliebt bei Kindern das Mit-Mach-Angebot „Teddyklinik" auf der Ehrenamtsmesse in Güstrow *Foto: Annette Funke*

Hitze und Auswirkungen auf die Gesundheit

Zweites Hitzesymposium in Wismar

Teilnehmer während des Hitzesymposium im phanTECHNIKUM Wismar *Foto: H.Glaner Presse LK NWM*

Besonders für ältere Menschen können Hitzewellen anstrengend sein. Sie empfinden die Hitze oft als unproblematisch und schwitzen nicht so schnell bei hohen Temperaturen. Das kann gefährlich werden, denn zur Abkühlung ist Schwitzen notwendig. Der Stoffwechsel und auch die Temperaturregelung im Körper verlangsamen sich mit zunehmendem Alter. Auch das Durstgefühl lässt nach und es besteht die Gefahr zu dehydrieren und zu überhitzen.

Das zweite Hitzesymposium am 14. Mai 2025 in Wismar zum Thema „Hitze und die Auswirkung auf unsere Gesundheit" hatte zum Ziel, das Bewusstsein für die gravierenden gesundheitlichen Auswirkungen von Hitzewellen und steigenden Temperaturen zu schärfen. Der Fachdienst Öffentlicher Gesundheitsdienst des Landkreis Nordwestmecklenburg (NWM), in Zusammenarbeit mit dem Ministerium für Soziales, Gesundheit und Sport M-V sowie der Ärztekammer M-V hatte dazu eingeladen. Expertinnen und Experten aus verschiedenen Bereichen des Gesundheitswesens, Stadtplanung und Politik sowie interessierte Bürgerinnen und Bürgern kamen zusammen, um sich über die neuesten wissenschaftlichen Erkenntnisse und die bewährten „Best practice Maßnahmen" zum Thema Hitze und die Auswirkung auf unsere Gesundheit auszutauschen. Im Fokus stand dabei die Entwicklung von Präventionsstrategien, um die Bevölkerung und vor allem die Risikogruppen vor den negativen gesundheitlichen Folgen von extremer Hitze zu schützen.

Wertvolle Tipps und Ratschläge, um gut über die heißen Sommertage zu kommen, erhält man u.a. auf den Internetseiten www.klima-mensch-gesundheit.de oder auf der Homepage des Landkreises NWM unter www.nordwestmecklenburg.de. Aktuell beschlossen wurde auch der gesundheitsbezogene Hitzeschutzplan des Landes.

Dieser steht auf der Website des Sozialministeriums unter https://www.regierung-mv.de/Landesregierung/sm/gesundheit/Hitzeschutz/ zum Download bereit und enthält viele wichtige Informationen.

Der LK Nordwestmecklenburg arbeitet aktuell gemeinsam mit dem Geodatenzentrum bereits an einem Projekt der Kartierung zum Thema „Kühle Orte" und „Wasserspender". Gerade zum Schutz für vulnerable Gruppen, wie Seniorinnen und Senioren, ist diese Maßnahme sehr wichtig, damit in heißen Sommertagen ein kühler Aufenthaltsort schnell und zuverlässig gefunden werden kann.

Ilona Scheufler
Senioren- und Behindertenbeauftragte
Landkreis NWM

10 Jahre Ehrenamtsstiftung MV gemeinsam feiern

Ministerpräsidentin Schwesig vergibt erste Goldene Ehrenamtskarten MV

Am 28. Mai 2025 verlieh die Ehrenamtsstiftung MV den Ehrenamtspreis MV im Rahmen des Ehrenamtstages MV. Es ist das sechste Mal in der Historie der Ehrenamtsstiftung MV, dass der Ehrenamtspreis MV vor großem Publikum vergeben wurde. Die Stiftung feiert in diesem Jahr ihr 10-jähriges Bestehen und hatte dazu eingeladen, vor Ort in die Stiftungsgeschichte einzutauchen und mit stiftungsbegleitenden Persönlichkeiten persönlich ins Gespräch zu kommen. Ein außerordentlich emotionaler Programmpunkt auf dem Ehrenamtstag MV war in diesem Jahr der Launch der Goldenen Ehrenamtskarte MV für besonders langjähriges Engagement. Ehrenamtliche, die sich seit mindestens 20 Jahren durchgängig freiwillig in MV engagieren, können für diese Karte vorgeschlagen werden. Sie ist unbegrenzt gültig und ermöglicht den Engagierten, exklusive Vorteile und Rabatte bei 330 Partnerunternehmen und 600 Einlösestellen im Land zu nutzen. Im Rahmen der Verleihung des Ehrenamtspreises MV übergab Ministerpräsidentin Manuela Schwesig die ersten drei Goldenen Ehrenamtskarten MV an Christl Goldack (89), Dr. Georg Weckbach (83) und Sylvia Rüting (80). Mit ihnen standen 252 Jahre Lebenserfahrung auf der Bühne; davon 127 Jahre im ehrenamtlichen Einsatz – eine bewundernswerte Zahl, die einen großen Respekt verdient. ■

Die ersten drei Inhaber der Goldenen Ehrenamtskarte MV, Christl Goldack, Dr. Georg Weckbach, Sylvia Rüting (v.l.)

Foto: Ehrenamtsstiftung MV

Mit Herz, Kompetenz & Demenzsensibilität im Einsatz

Ein Jahr Landesfachstelle für Wohn- und Digitalisierungsberatung

Seit ihrer Gründung im Januar 2024 hat sich die Landesfachstelle für Wohn- und Digitalisierungsberatung Mecklenburg-Vorpommern, kurz „Wohnberatung MV", als landesweite Beratungsstelle zum Thema „barrierefreies Wohnen" für ältere Menschen, Menschen mit Einschränkungen, pflegende Angehörige und Fachkräfte etabliert. Ziel ist es, ein komfortables und selbstbestimmtes Leben – nicht nur – im Alter durch gute Wohnverhältnisse und gezielte technische Unterstützung zu ermöglichen. Die Beratung ist unabhängig, kostenfrei und anbieterneutral. Individuelle Wohnsituation und Bedürfnisse sind Ausgangspunkt für Maßnahmen. Mit dem demografischen Wandel rückt das Thema „Wohnen im Alter" stärker in den Mittelpunkt gesellschaftlicher und politischer Aufmerksamkeit. Viele Menschen wünschen sich, so lange wie möglich in den eigenen vier Wänden bleiben zu können, auch dann, wenn Mobilität oder kognitive Fähigkeiten nachlassen. Die neue Landesfachstelle unterstützt dabei Wohnräume rechtzeitig anzupassen: von rutschfesten Böden über ebenerdige Duschen bis hin zu digitalen Assistenzsystemen wie Herdwächtern oder Erinnerungshilfen. Die Berater helfen bei der Entscheidungsfindung wie bei der Umsetzung. Im Idealfall erfolgt zunächst ein Hausbesuch, um gemeinsam mit den Ratsuchenden die Wohnsituation und die individuellen Bedarfe zu erfassen. Anschließend zeigen die Berater auf, welche Umbauten, Ausstattungsveränderungen oder Hilfsmittel die Selbstständigkeit und Lebensqualität in den eigenen vier Wänden verbessern könnten. Optimal ist es, wenn man mit kleinen und schnell umsetzbaren aber effektiven Ausstattungsveränderungen oder Hilfsmitteln zum Ziel kommt und die Kosten gering gehalten werden.

Digitale Helfer im Alltag – auch im Alter sinnvoll

Digitale Technologien und Künstliche Intelligenz gehören längst zum Alltag, auch für ältere Menschen. In der Wohnberatung gewinnen solche Lö-

sungen zunehmend an Bedeutung. Zwar werden digitale Hilfsmittel bislang noch selten aktiv nachgefragt, doch die Berater haben diese Entwicklungen im Blick: Sie informieren verständlich, beraten individuell und ermutigen zur Nutzung dort, wo es sinnvoll ist und den Alltag erleichtert.

DEMENZ IM BLICK:

Berater als zertifizierte GeriCoaches

Ein besonderer Schwerpunkt der Wohnberatung MV liegt auf dem Thema Demenz. Denn gerade bei einer beginnenden oder fortschreitenden demenziellen Erkrankung sind sensible, frühzeitige Anpassungen in der Wohnumgebung entscheidend. Um dem gerecht zu werden, wurden die Berater der Landesfachstelle 2025 zu GeriCoaches qualifiziert, einer spezialisierten Weiterbildung mit Fokus auf Gerontologie, Demenz und Kommunikation. Diese Zertifizierung vermittelt nicht nur fachliches Wissen, sondern stärkt auch die Fähigkeit, einfühlsam auf Unsicherheiten oder Ängste von Betroffenen und Angehörigen einzugehen. Die daraus resultierende demenzsensible Wohnberatung ist ein Alleinstellungsmerkmal der Fachstelle in Mecklenburg-Vorpommern.

Ein Jahr – viele Gespräche, viele Wege

In den ersten zwölf Monaten wurden bereits über hundert Beratungen durchgeführt – telefonisch, digital und vor Ort. Häufige Anliegen sind: der Wunsch nach mehr Sicherheit im Badezimmer, Griffe und Handläufe aber auch die Überwindung von Höhenunterschieden durch Rampen, Entfernen von Schwellen oder den Einsatz von Treppenliften. „Wir erhalten Anfragen von Menschen mit Einschränkungen oder Pflegebedarf sowie von deren Angehörigen oder Betreuerinnen und Betreuern. Auch Mitarbeitende aus Kommunen, aus dem sozialen Bereich, aus dem Handwerk, Therapeuten und Wohnungsgesellschaften gehören zu unseren Zielgruppen.“ Die Berater konnten in viele Fällen bei der Beantragung von Fördermitteln, Vermittlung in schwierigen Fällen, etwa mit Wohnungseigentümern oder in der Kommunikation mit Handwerksbetrieben helfen. Besonders erfreulich: viele Ratsuchende äußern nach der Beratung große Erleichterung und Dankbarkeit, nicht nur wegen der konkreten Tipps, sondern auch, weil sich endlich jemand Zeit genommen hat.

Aktiv in der Öffentlichkeitsarbeit

Ob beim landesweiten Präventionstag in Schwerin, zuletzt beim MV-Tag in Greifswald, oder bei zahlreichen weiteren regionalen und überregionalen Veranstaltungen, die Wohnberatung MV war regelmäßig vor Ort, stellte ihre Arbeit vor und knüpfte dabei wertvolle Kontakte. Auch bei verschiedenen Konferenzen und Vortragsreihen konnten so viele Menschen erreicht und für das sensible Thema Barrierefreiheit sensibilisiert werden.

AUSBLICK:

Noch mehr Menschen erreichen

Die Landesfachstelle möchte in den kommenden Monaten noch sichtbarer werden, unter anderem durch Kooperationen mit den Pflegestützpunkten, Seniorenbeiräten und Krankenhäusern. Auch neue Veranstaltungsformate für Fachpublikum und Interessierten sind geplant. Dabei bleibt das Ziel klar: gute Beratung für gutes Wohnen für alle Menschen in Mecklenburg-Vorpommern, die auch im hohen Alter selbstbestimmt leben möchten.

Prof. Dr. Maximilian König
Projektleiter

Kontakt zur Landesfachstelle für Wohn- und Digitalisierungsberatung:

Standort Wolgast
(Vorpommern-Greifswald) beim
Kreiskrankenhaus Wolgast
Chausseestr. 56
17438 Wolgast
Telefon: 03836 / 257 255 und 257 256

Standort Schwerin
im Ärztehaus Lankow (1. Etage, barrierefrei)
Rahlstedter Straße 29
19057 Schwerin
Telefon: 0385 / 20 73 88 29

Mitarbeiter der Beratungsstelle beim MV-Tag in Greifswald *Foto: Wohnberatung MV*

Flexible Hilfe bei Verhinderung der Pflegeperson

Gemeinsamer Jahresbetrag für Verhinderungs- und Kurzzeitpflege

Pflege Stützpunkte Mecklenburg-Vorpommern
Neutrale Pflegeberatung und Unterstützung

Der gemeinsame Jahresbetrag für Verhinderungs- und Kurzzeitpflege ist am 1. Juli 2025 in Kraft getreten. Wer Angehörige oder nahestehende Menschen pflegt, braucht ab und an eine Auszeit. Dafür gibt es Verhinderungs- und Kurzzeitpflege. Zum 1. Juli 2025 wurden beide Leistungsarten in den gemeinsamen Jahresbetrag überführt und können so seitdem flexibel genutzt werden.

Der gemeinsame Jahresbetrag steht immer dann zur Verfügung, wenn die häusliche Pflege durch die Hauptpflegepersonen vorübergehend nicht möglich ist. Zum Beispiel aufgrund von Krankheit, Urlaub oder einer Rehabilitationsmaßnahme. Der gemeinsame Jahresbetrag kann ab Pflegegrad 2 sofort in Anspruch genommen werden. Es gibt keine Wartezeit mehr. Wurden bis zum 30. Juni 2025 bereits Leistungen der Verhinderungs- oder Kurzzeitpflege in Anspruch genommen, werden diese Zeiten auf die neue Betragshöhe und Dauer angerechnet. Bei Fragen zum Jahresbetrag oder zum Thema Pflege kann ein Beratungsgespräch in einem Pflegestützpunkt weiterhelfen.

Die Pflegestützpunkte sind neutrale und kostenlose Beratungsstellen für Pflegebedürftige, für von Pflegebedürftigkeit bedrohte Menschen, für Menschen mit Behinderung und ihre Angehörigen. Sie beraten und unterstützen wohnortnah und individuell bei allen Fragen zur Pflege.

www.pflegestuetzpunktemv.de ■

DIE PFLEGESTÜTZPUNKTE IN MECKLENBURG-VORPOMMERN

Die Pflegestützpunkte sind neutrale und kostenlose Beratungsstellen für Pflegebedürftige, für von Pflegebedürftigkeit bedrohte Menschen, für Menschen mit Behinderung und ihre Angehörigen. Wir beraten und unterstützen Sie wohnortnah und individuell bei allen Fragen zur Pflege.
Zögern Sie nicht uns anzurufen!

Landkreis Ludwigslust-Parchim	
Garnisonsstr. 1, 19288 Ludwigslust	03871 722-5094
Putlitzer Str. 25, 19370 Parchim	03871 722-5092
Sprechtag am 1. Mittwoch im Monat auch in Boizenburg und Sternberg	

Landkreis Nordwestmecklenburg	
Rostocker Straße 76, 23970 Wismar	03841 3040-5082
Börzower Weg 3, 23936 Grevesmühlen	03841 3040-5080
Sprechtag donnerstags auch in Gadebusch	

Landkreis Mecklenburgische Seenplatte	
Adolf-Pompe-Str. 23, 17109 Demmin	0395 57087-4751
Elisabethstraße 6, 17235 Neustrelitz	03981 2376-101
Woldegker Straße 6, 17033 Neubrandenburg	0395 57087-5751
Zum Amtsbrink 2, 17192 Waren	0395 57087-2332

Landkreis Rostock	
Hageböcker Str. 19, 18273 Güstrow	03843 755-50421
August-Bebel-Str. 3, 18209 Bad Doberan	03843 755-50426

Hanse- und Universitätsstadt Rostock	
Warnowallee 30, 18107 Rostock	0381 381-1507
Erich-Schlesinger-Str. 28, 18059 Rostock	0381 381-1506

Landkreis Vorpommern-Greifswald	
An der Kürassierkaserne 9, 17309 Pasewalk	03834 8760-2512
Feldstr. 85 a, 17489 Greifswald	03834 8760-2514
Mühlenstr. 18 b, 17389 Anklam	03834 8760-2510

Landkreis Vorpommern-Rügen	
Marienstraße 1, 18439 Stralsund	03831 357-1802
Gingster Chaussee 5a, 18528 Bergen	03831 357-1804
Gänsestraße 2, 18311 Ribnitz-Damgarten	03831 357-1808
Sprechtag jeden 2. Mittwoch im Monat auch in Grimmen	

Landeshauptstadt Schwerin	
Am Packhof 2-6, 19053 Schwerin	0385 545-2120

Pflegestützpunkt Waren feierte fünfjähriges Bestehen

Bedeutsamer Baustein für ein wohnortnahes Beratungsangebot

Am Montag, den 2. Juni 2025, beging der Pflegestützpunkt Waren seinen fünften Geburtstag. In einer Videobotschaft unterstrich Stefanie Drese, Ministerin für Soziales, Gesundheit und Sport M-V, seine Wichtigkeit: „Als vierter Stützpunkt im großen Landkreis Mecklenburgische Seenplatte ist er ein bedeutsamer Baustein für ein flächendeckendes und wohnortnahes Beratungsangebot.“ Der Sozialdezernent des Landkreises Mecklenburgische Seenplatte Michael Löffler machte auf die große psychische Belastung aufmerksam, mit der Pflegende konfrontiert sind: „Oft sind es die Eltern, die uns großgezogen und auf das Leben vorbereitet haben, die jetzt Hilfe benötigen. Manchmal auch die eigenen Kinder, die ihr Leben eigentlich noch vor sich haben.“ Im Pflegestützpunkt Waren unterstützen drei Pflegeberaterinnen, eine Sozialberaterin und ein Koordinator für die ehrenamtliche Nachbarschaftshilfe Pflegebedürftige und deren Angehörige und stellen Kontakte zu Pflegediens-

Pflege Stützpunkt Waren (Müritz)
Neutrale Pflegeberatung und Unterstützung

Foto: Pflegestützpunkt Waren

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Pflegestützpunktes Waren Britta Parsczenski, Jana Roeseler, Ellen Lemke, Lydia Troff und Manfred Wüpper (v.l.n.r.)

ten und -heimen, Krankenhäusern, den gesetzlichen Krankenkassen, kommunalen Ämtern und weiteren Netzwerkpartnern her. Im Jahr 2024 wurden am Pflegestützpunkt Waren etwa 800 Beratungsfälle bearbeitet. Dazu gehörten 130 Hausbesuche mit Fahrstrecken von bis zu 40 Kilometern. Im Bereich der Nachbarschaftshilfe werden derzeit 110 ehrenamtliche Nachbarschaftshelfer betreut, unterstützt und vermittelt. Träger der Pflegestützpunkte in Mecklenburg-Vorpommern sind die Kommunen und die Pflege- und Krankenkassen.

Britta Parsczenski
Soziale Beratung M.A.

Energieberatung der Verbraucherzentrale M-V

Wohnung kühlen im Sommer – effektiv, günstig und umweltschonend

ENERGIE BERATUNG

Im Sommer die Wohnung oder das Haus vor zu viel Hitze zu schützen ist möglich. Mit einfachen Maßnahmen kann man für eine angenehme Raumtemperatur der Wohnräume sorgen. Das macht den Tag erträglicher und kann zu erholsamerem Schlaf führen.

Jeder kennt es, die Temperaturen steigen, der Sonnenstand ist ebenfalls hoch und auch zu Hause wird es zunehmend wärmer. Dann kann es vorkommen, dass alltägliche Hausarbeit zu einer Mammutaufgabe wird und selbst die Einnahme der Mahlzeiten den Schweiß fließen lässt. Außerdem erschweren die hohen Temperaturen die Qualität des Schlafes und können zusätzlich zu Kreislaufbeschwerden führen.

Aber was kann man nun tun, um die Wärme so gut es geht draußen zu lassen und von angenehm temperierten Räumen zu profitieren? Die am leichtesten umzusetzenden Maßnahmen haben wir zusammengefasst. Pluspunkt: Sie schonen Umwelt und ihren Geldbeutel.

Richtig Lüften – Hilfreiche Tipps

Um die warme Luft draußen zu lassen, sollten Fenster und Türen über den Tag geschlossen bleiben.

- Nutzen Sie die Zeit am Abend, in der Nacht oder am frühen Morgen um die kühlere Luft in ihre Wohnräume zu lassen.
- Die nächtlichen Temperaturen sind am besten geeignet, um für Abkühlung zu sorgen. Allergikern wird ein Pollenschutzgitter empfohlen und ein Fliegengitter an den Fenstern und Balkontüren schützt vor Insekten.
- Lüften Sie nicht zu kurz! Am besten eignet sich die kühlere Abend- und Nachtluft. Ist die Luft zudem auch trocken, dann ist dies die ideale Luft, um die feuchte und warme Luft in den Räumen auszutauschen.
- Lüften Sie mit Durchzug. Mehrere weit geöffnete Fenster und Zimmertüren sind während des Lüftens hervorragend geeignet, um möglichst viel Feuchtigkeit und warme Luft zügig aus den Räumen zu befördern. Bei zu windigem Wetter gilt es vorsichtig abzuwägen, ob der Durchzug sicher für Sie und ihre Möbel, Fenster und Türen ist. Dann sollte vorsorglich auf Durchzug verzichtet werden.
- Eine Lüftungsanlage kann helfen, wenn entweder Fensterlüftung nicht möglich ist oder die Sorge besteht, dass durch in der Nacht geöffnete Fenster zu Einbruch führen kann. Lüftungsanlagen werden heute bereits bei vielen Neubauten installiert, um für gefilterte Raumluft zu sorgen und vor Schimmel durch zu viel Feuchtigkeit zu schützen.

Verbraucherzentrale Mecklenburg-Vorpommern

Ausnahmen:

Bei hoher Feuchtigkeitsproduktion wie zum Beispiel beim Kochen, Baden oder Duschen ist das Lüften am Tage für einige Minuten trotzdem von Nöten. Auch mehrere Personen im Haushalt produzieren allein durch das Atmen mehr Feuchtigkeit

Fortsetzung auf Seite 16

Fortsetzung von Seite 15

und auch hier ist sehr kurzes Lüften unumgänglich. Warum? Weil zu viel Feuchtigkeit folglich zu Schimmelbildung führen kann.

Richtiger Sonnenschutz an Fenster und Balkon

Durch Fenster und Balkontüren dringt am meisten Hitze. Es gibt verschiedene Möglichkeiten, die Sonnenstrahlen abzuwehren. Am wirksamsten ist es, den Sonnenschutz außen anzubringen. Hierfür eignen sich außenliegende Raffstores oder Rollläden, welche fest am Fensterrahmen oder der Außenwand montiert werden müssen. Für Mieter gilt – keine feste Außenmontage ohne Einwilligung des Vermieters. Hier können aber Sonnensegel und Markisen, die keine Bohrung benötigen, verwendet werden.

Sonnenschutz Innenräume:

Achten Sie auf Systeme mit weißen oder reflektierenden Oberflächen mit geringer Transparenz. Je höher die Reflexion, desto besser ist der Schutz gegen Überhitzung.

Begrünung – natürliche Klimaanlagen

Pflanzen spenden Schatten, verdunsten Wasser und kühlen so die Umgebung.
Durch schattenspendende Grünflächen auf dem Balkon oder der Terrasse kann die Aufheizung der Wände und der Umgebung reduziert werden. Zudem fördern sie die Bildung von Kaltluft in der Nacht. Aber nicht nur das eigene Wohlbefinden wird spürbar besser, auch die Bauteile des Hauses werden weniger beansprucht. ■

„Denk smart – Helm auf!“

Neue Präventionskampagne für mehr Sicherheit im Straßenverkehr

Mecklenburg-Vorpommern erfreut sich großer Beliebtheit bei Radfahrfreunden aus dem gesamten Bundesgebiet.
Besonders in den wärmeren Monaten genießen viele Menschen die Bewegung, Natur und Mobilität auf zwei Rädern, darunter auch zahlreiche Seniorinnen und Senioren. Doch bei aller Freude über die Beliebtheit des Radfahrens mahnen aktuelle Unfallzahlen zur Vorsicht. Eine Auswertung der Verkehrsunfälle im Jahr 2024 in den drei Landkreisen des Polizeipräsidiums Neubrandenburg zeigt: Jeder fünfte im Straßenverkehr Getötete war ein Radfahrer. Insgesamt verloren im vergangenen Jahr zehn Menschen auf dem Fahrrad ihr Leben.

Foto: Landeskriminalamt MV

Besonders alarmierend ist dabei der Umstand, dass die meisten dieser Radfahrer keinen Helm trugen. Um dieser tragischen Entwicklung entgegenzuwirken, startete das Polizeipräsidium Neubrandenburg ab dem 1. Mai 2025 die Präventionskampagne „Denk smart – Helm auf!“.
Die Aktion läuft zunächst bis September 2025 und macht auf den auffälligen Widerspruch aufmerksam:

Warum ein Helm Leben retten kann

Viele Radfahrer verzichten noch immer auf einen Helm, obwohl er bei einem Sturz entscheidenden Schutz bieten kann.
Gerade bei Zusammenstößen mit anderen Verkehrsteilnehmern schützt der Helm den Kopf und kann schwere oder tödliche Verletzungen verhindern.
Das gilt für kurze Strecken genauso wie für längere Radtouren. Die Polizei rät daher: Tragen Sie immer einen Fahrradhelm, auch bei bekannten Strecken. Achten Sie auf eine gute Passform und darauf, dass der Helm korrekt eingestellt ist. Moderne Helme sind leicht, gut belüftet und in vielen Designs erhältlich.

Wie sichere ich mein Fahrrad

Neben dem Schutz der eigenen Gesundheit spielt auch der Schutz des Fahrrades eine wichtige Rolle.
Gerade hochwertige Fahrräder und E-Bikes sind bei Dieben begehrt.

Um Langfingern das Leben schwer zu machen, empfiehlt die Polizei: Verwenden Sie hochwertige Schlösser, am besten stabile Bügel- oder Panzerkabelschlösser mit geprüfter Qualität. Sichern Sie Ihr Fahrrad immer an festen Gegenständen, auch bei kurzen Stopps.

Laternenmasten, Fahrradständer oder massive Zäune eignen sich gut und in Sichthöhe.
Stellen Sie das Fahrrad möglichst an belebten und gut einsehbaren Orten ab.
Notieren Sie die Rahmennummer und lassen Sie Ihr Fahrrad codieren.

So kann es im Fall eines Diebstahls leichter zugeordnet werden.

Miriam Schneider,
SB Kriminalprävention

Weitere Informationen zur Fahrradsicherheit unter
www.polizei-beratung.de ■

Seniorensicherheitsberatung in Rostock

Im Dialog für eine gute Nachbarschaft und Tipps gegen Betrug

SENIOREN SICHERHEITS BERATUNG **MV**

Senioren während einer Veranstaltung der Seniorensicherheitsberaterin Angelika Reichelt
Foto: Marlen Schmidt

Die ältere Generation gehört aufgrund ihrer altersspezifischen Besonderheiten und Einschränkungen zu einer wichtigen Zielgruppe der polizeilichen Prävention, da sie durch unzureichende Vorsichtsmaßnahmen und ein zu großes Vertrauen zu Opfern von Dieben und Betrügern werden.
Fast täglich werden Versuche unternommen, um ältere Menschen mit Trickstraftaten wie dem Enkeltrick, Haustürgeschäften, falschen Handwerkern oder Liebesbetrugsmaschen (Love Scamming oder Romance Scamming) zu verunsichern und zu verängstigen. Im schlimmsten Fall wird dabei das Ersparte durch die Betrüger ergaunert.
Viele ältere Menschen nutzen das Internet um Informationen oder Nachrichten zu recherchieren, einzukaufen, Bankgeschäfte zu erledigen oder mit entfernten Freunden und Familienmitgliedern über die sozialen Netzwerke im Kontakt zu bleiben.
Die Möglichkeiten sind vielfältig und eine Chance der Teilhabe am gesellschaftlichen Miteinander aus dem Wohnzimmer heraus.
Bitte seien Sie skeptisch und lassen Sie sich Dienstausweise bei persönlichen Kontakten zeigen. Wenn sie unsicher sind, schließen Sie die Tür und rufen Sie den Notruf 110.

Seien Sie vorsichtig bei virtuellen Bekanntschaften!

Weitere Tipps und Informationen unter: https://www.polizei-beratung.de/themen-und-tipps/betrug/scamming

Die aktuellen Tricks der Betrüger aber vor allem wertvolle Hinweise für ein sicheres Verhalten im Internet bie-

Fortsetzung auf Seite 18

Die Seniorensicherheitsberatung wird gefördert durch:

PROVINZIAL

und

Landesrat für Kriminalitätsvorbeugung Mecklenburg-Vorpommern

Weitere Informationen zum Landesrat für Kriminalitätsvorbeugung und zu dessen Förderprogramm finden Interessenten im Internet unter www.kriminalpraevention-mv.de

Fortsetzung von Seite 17

ten die Seniorensicherheitsberater mit ihren abwechslungsreichen Vorträgen, die landesweit in M-V buchbar sind.
Die Seniorensicherheitsberater sind pensionierte Polizeibeamte, die ehrenamtlich und für Sie kostenfrei über Kriminalitätsrisiken informieren.
Die Dauer des jeweiligen Vortrages beträgt circa 90 Minuten und wird bereits für Gruppen ab fünf Personen angeboten:

„Seniorensicherheit im Alltag“

- Verhalten an der Haustür
- Betrug durch Gewinnbenachrichtigungen
- Taschendiebstahl
- Einbruchschutz für Haus und Wohnung

„Senioren im Straßenverkehr – aber sicher“

- Senioren als Fußgänger, Radfahrer und Kraftfahrer
- Senioren als Nutzer des öffentlichen Nahverkehrs

„Senioren im Internet – aber sicher“

- Grundlagen der Sicherheit im Internet
- Kommunizieren mit E-Mail und Messenger
- Im Netz einkaufen und bezahlen
- Vernetzen mit Social Media

„Meine Werte, Deine Werte – In welcher Gesellschaft wollen wir leben?“

- Rolle des Extremismus und Populismus und die Wirkung auf unsere Demokratie
- Bedeutung eines wertschätzenden Miteinanders für das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung
- Umgang mit Hate Speech und Fake News

Die Koordination der Einsätze der Seniorensicherheitsberatung in den Landkreisen bzw. der kreisfreien Städte erfolgt über die Geschäftsstellen der Präventionsräte.

Marlen Schmidt

Ansprechpartnerin in der Hanse- und Universitätsstadt Rostock:

Kommunaler Präventionsrat
Marlen Schmidt
Neuer Markt 1, 18055 Rostock
Tel.: 0381 381-5450
Email: praeventionsrat@rostock.de
www.rostock.de/praevention
Telefon: 0385 / 20 73 88 29

Netzwerk Demenz & Kultur

Greifswald soll demenzsensible Kommune werden

Die Idee für das Netzwerk entstand aus persönlicher Betroffenheit. Den entscheidenden Impuls gab eine Fortbildung, auf der ein Demenznetzwerk aus Speyer vorgestellt wurde. Besonders beeindruckten die wertschätzende Atmosphäre, der respektvolle Umgang mit den Erkrankten sowie das kulturelle Angebot – ein Museumsbesuch mit anschließender Kaffeetafel.
Schnell kam der Gedanke: So etwas müsste doch auch in Greifswald möglich sein. Anfangs lag der Fokus auf kultureller Teilhabe, darauf für Menschen mit Demenz und ihre An- und Zugehörigen schöne Gemeinschaftserlebnisse und bleibende Erinnerungen zu schaffen. Doch im Laufe der Netzwerkarbeit wurde deutlich: Die Bedürfnisse Betroffener und ihrer An- und Zugehörigen gehen weit darüber hinaus. So entwickelten sich die Zielsetzungen stetig weiter. Heute steht

Deutsche Alzheimer Gesellschaft
Landesverband
Mecklenburg-Vorpommern e.V.
Selbsthilfe Demenz

ein engagiertes, multiprofessionelles Netzwerk hinter der Idee, getragen von Menschen, die durch persönliche und/oder berufliche Erfahrungen motiviert sind. Sie alle eint ein gemeinsames Ziel: Menschen mit Demenz ein erfülltes Leben zu ermöglichen.

Unser Ziel:
demenzsensible Kommune werden!
Wir wollen deshalb:

- die Lebensqualität von Erkrankten, ihren An-/Zugehörigen langfristig verbessern,
- gesellschaftliche und kulturelle Teilhabe stärken,
- das öffentliche Bewusstsein für Demenz erhöhen und
- Austausch von Wissen zwischen verschiedenen Gruppen fördern.

Das Netzwerk bringt verschiedene Berufsgruppen und Fachrichtungen zusammen und schafft ein breit gefächertes Angebot an Unterstützungsleistungen und Veranstaltungen.
Durch die enge Zusammenarbeit der beteiligten Akteure können Hilfen schnell organisiert sowie Kontakte und Informationen unkompliziert bereitgestellt werden. Das Besondere unseres Netzwerks ist die große Vielfalt an aktiven Akteuren und Mitgliedern:

- die Universitäts- und Hansestadt Greifswald, die Stadtbibliothek sowie der Seniorenbeirat,
- kulturelle und kirchliche Einrichtungen,
- die Mehrgenerationenhäuser,
- die Deutsche Alzheimer Gesellschaft Landesverband Mecklenburg-Vorpommern,
- der Pflegestützpunkt des Landkreises Vorpommern-Greifswald,
- das Deutsche Zentrum für Neurodegenerative Erkrankungen,
- das demenzsensible Krankenhaus an der Klinik für Neurologie der Universitätsmedizin Greifswald,
- ambulante und teilstationäre Einrichtungen sowie
- zwei GeriCoaches.

Unsere Aktivitäten und Angebote

- demenzsensible Veranstaltungen im Tierpark, Museum und in der Kirche
- Schulungen und Beratungen für An- und Zugehörige durch GeriCoaches
- Schulungen für Berufsgruppen mit Publikums-/Kundenkontakt (öffentliche Verwaltung, ÖPNV, Polizei, Banken etc.)
- Fachvorträge und Workshops für Fachkräfte, Angehörige und Interessierte
- Lesungen, Theateraufführungen, Ausstellungen für Jung und Alt
- Angehörigengruppe
- Arbeit mit dem Demenzsimulator

Unser Netzwerk „Demenz & Kultur“ Greifswald in Kürze:

1. Interdiziplinäre Zusammenarbeit
Unser Netzwerk vereint Partner aus Pflege, Medizin und Wissenschaft über Kultur, Kirche und Bildung bis hin zu ehrenamtlichem Engagement. Diese enge Zusammenarbeit schafft innovative, passgenaue Angebote vor Ort.

Netzwerk Demenz & Kultur

2. Kultur als Brücke
Wir nutzen Kultur gezielt, um Menschen mit und ohne Demenz zusammenzubringen, etwa durch speziell gestaltete Veranstaltungen, kreative Angebote oder barrierefreie Kulturerlebnisse. So fördern wir Teilhabe, Begegnung und Lebensfreude.

3. Regional stark verankert
Durch die Einbindung lokaler Einrichtungen und Institutionen sind unsere Wege kurz, unsere Angebote alltagsnah und auf die konkreten Bedürfnisse vor Ort abgestimmt.

4. Sensibilität und Fachkompetenz vom Hauptamt
Mit geschulten Fachkräften und demenzsensiblen Einrichtungen – z. B. in Krankenhaus, Pflege und Kultur – schaffen wir ein unterstützendes Umfeld, das Sicherheit und Vertrauen bietet.

5. Engagement im Ehrenamt
Ehrenamtliches Engagement wird bei uns nicht nur unterstützt, sondern aktiv gefördert: durch Qualifizierungen, Begleitung und sinnstiftende Aufgaben im Netzwerk.

6. Aufklärung durch Sichtbarkeit
Teilnahme an regionalen und überregionalen Veranstaltungen, Thementagen, Märkten, Konferenzen, Tagungen und vielfältige Öffentlichkeitsarbeit sollen aufklären und vernetzen, sensibilisieren und die Erkrankung aus der Tabuzone holen.

Kontakt:
Netzwerkkoordinatorin
Kathrin Schulz-Jokiel
Lomonossowallee 55,
17491 Greifswald
Telefon: 03834/875253
Mail: demenz-kultur-greifswald
@outlook.de

Freude bei den Besuchern im Tierpark *Foto: André Gschweng*

Pflegewende jetzt!

Forderungen an die Bund-Länder-Arbeitsgruppe zum „Zukunftspakt Pflege“

Eine Bund-Länder-Arbeitsgruppe soll bis Ende 2025 Eckpunkte für eine Reform der Pflegeversicherung erarbeiten. Die Bundesarbeitsgemeinschaft der Seniorenorganisationen fordert in ihrer Stellungnahme zum Beschluss „Zukunftspakt Pflege“, eine umfassende Perspektive auf die Thematik einzunehmen und eine zukunftsfähige Pflegepolitik zu entwickeln, die vor allem präventiv und vorsorgend ausgerichtet ist.

Die BAGSO appelliert an die Politik, eine Pflegewende zu gestalten, die Gesundheitsförderung, Prävention und Rehabilitation deutlich stärkt und Kommunen mehr Verantwortung überträgt. Zudem ist eine Lohnersatzleistung für pflegende Angehörige einzuführen.

Die Qualitätssicherung in der professionellen Pflege muss sich stärker an der Lebensqualität und Rehabilitation der Pflegebedürftigen orientieren. Für eine stabile und sozialverträgliche Finanzierung sind alle Möglichkeiten zur Verbesserung der Einnahmenseite zu prüfen, u.a. durch eine Zusammenlegung von Kranken- und Pflegeversicherung.

Zu den entscheidenden Stellschrauben, die ein gesundes Älterwerden unterstützen, zählt die BAGSO insbesondere eine wirksame und nachhaltige Seniorenpolitik in den Bundesländern, die Entwicklung altersfreundlicher Städte und Gemeinden, eine aktivierende, gesundheitsfördernde und präventiv wirkende Altenhilfe in den Kommunen, die stärkere Vernetzung von Altenhilfe und Pflege sowie die Stärkung und Weiterentwicklung der altersmedizinischen Versorgung. Diese Punkte sind aus Sicht der BAGSO in die zu erarbeitende Pflegereform zu integrieren.

Die BAGSO setzt sich seit Langem für eine grundlegende Pflegereform ein. Ihre Forderungen hat sie im Mai 2023 im Positionspapier „Sorge und Pflege: Neue Strukturen in kommunaler Verantwortung“ formuliert.

Die Stellungnahme „Zeit für die Pflegewende – jetzt!“ herunterladen unter: https://www.bagso.de/fileadmin/user_upload/bagso/06_Veroeffentlichungen/2025/BAGSO-Stellungnahme_Zeit_fuer_die_Pflegewende_jetzt.pdf

Das Positionspapier „Sorge und Pflege: Neue Strukturen in kommunaler Verantwortung“ herunterladen unter: https://www.bagso.de/fileadmin/user_upload/bagso/06_Veroeffentlichungen/2023/Positionspapier_Sorge_und_Pflege.pdf ■

Stellungnahme zum Regierungsprogramm von CDU, CSU,SPD

Digitalisierung und Künstliche Intelligenz inklusiv gestalten

Die BAGSO setzt sich dafür ein, dass die Bedürfnisse und Rechte älterer Menschen bei der voranschreitenden Digitalisierung berücksichtigt werden. In ihrer Stellungnahme „Digitalisierung und Künstliche Intelligenz inklusiv gestalten – Teilhabe älterer Menschen sichern“ zum Koalitionsvertrag der schwarz-roten Regierung fordert sie, dass die Digitalisierung allen zugutekommen muss. Menschen, die nicht über ausreichende digitale Kompetenzen oder Unterstützungsangebote verfügen, dürfen nicht ausgeschlossen werden. Ziel muss es sein, die digitale Transformation barrierearm, verständlich und generationengerecht zu gestalten.

Im Koalitionsvertrag bekennt sich die Bundesregierung zu einer Strategie des „digital only“ für Verwaltungsprozesse und öffentliche Dienstleistungen. Auch in Gesundheitswesen und Pflege sollen verstärkt digitale Lösungen umgesetzt werden. Um hierbei Menschen ohne oder mit geringen digitalen Kompetenzen nicht auszugrenzen, fordert die BAGSO, dass weiterhin analoge Zugänge angeboten werden. Zugleich müssen Beratungs- und Unterstützungsangebote zur Förderung digitaler Kompetenzen ausgebaut werden. Unter anderem muss der DigitalPakt Alter als gemeinsame Initiative von Bundesseniorenministerium und BAGSO verstetigt und weiterentwickelt werden.

Die BAGSO setzt sich für einen verantwortungsvollen Umgang mit Künstlicher Intelligenz ein. In ihrer Stellungnahme weist sie auf die Gefahren von Altersdiskriminierung bei automatisierten Entscheidungen hin, der entgegengewirkt werden muss. Sie fordert zudem einen starken und transparenten Datenschutz, um das Vertrauen von Nutzerinnen und Nutzern in digitale Anwendungen zu erhöhen. Nach Ansicht der BAGSO muss die digitale Transformation nicht nur als technisches Modernisierungsprojekt, sondern als gesamtgesellschaftliche Gestaltungsaufgabe verstanden werden.

Die Stellungnahme „Digitalisierung und Künstliche Intelligenz inklusiv gestalten – Teilhabe älterer Menschen sichern“ herunterladen unter: https://www.bagso.de/fileadmin/user_upload/bagso/06_Veroeffentlichungen/2025/BAGSO-Stellungnahme_Digitalisierung_und_KI_inklusiv_gestalten.pdf ■

LANDKREIS LUDWIGSLUST-PARCHIM

Seniorenbeirat & „SeniorenNetzWerk LUP“ in Sternberg

Anfang April 2025 wurden die sechs Mitglieder des Seniorenbeirates des Landkreises Ludwigslust-Parchim im Solitärgebäude des Landratsamtes Parchim benannt und vorgestellt. Dies erfolgte gemäß der neuen Hauptsatzung des Landkreises. Die Vertreter der örtlichen Beiräte, welche den bis dato bestehenden Beirat bildeten, schlossen sich zum „SeniorenNetzWerk LUP“ zusammen. Das Credo: Der Austausch von Erfahrungen und Ideen muss im Landkreis unbedingt erhalten bleiben!

So trafen sich beide Gremien am 24. Juni 2025 zu ihrer zweiten Zusammenkunft im Sternberger Rathaus. Ilona Mundt-Schalk, als Beiratsvorsitzende, und Wolfgang Blasko, als Gastgeber, eröffneten und führten durch die thematisch abwechslungsreiche Beratung. Nach dem Grußwort des stellvertretenden Bürgermeisters der Stadt, Olaf Steinberg, folgte Dr. Diana Richert mit ihren Ausführungen zu einem mehr als aktuellen, kompakten Herausforderungsthema. Das Projekt „Transparente Bildungsregion LUP – zukunftsweisend und vielfältig“ stellt hohe Anforderungen an die Organisation verschiedenster Veranstaltungsformate sowie die Einbeziehung von Bildungsträgern, Menschen mit unterschiedlichen Behinderungsarten und darüber hinaus einzubeziehender Fachdienste des Landkreises für eine schrittweise Konzeptentwicklung. Dies stellte sie in ihrer gelungenen Präsentation in aller Komplexität dar.

Ein weiteres Beratungsthema war die seit Jahren immer deutlicher werdende „Armut im Alter“. Andrea Preuß-Borowsky, 1. Kreisvorsitzende vom SoVD – Sozialverband Deutschland e.V., Kreisverband Schwerin, wies deutlich auf Probleme älterer Menschen hin, die nicht wissen, wie sie ihr Alltagleben organisieren sollen und die normalen, oftmals nicht einmal sehr anspruchsvollen Wünsche finanzieren können. Das Schamgefühl vieler Älterer und die Unkenntnis, wie und wo bekomme ich welche Hilfe bzw. Unterstützung, führen zu steigenden Zahlen. Charakteristisch hierfür steht die sogenannte „Boomer-Generation“ mit ihren typischen, gebrochenen Erwerbsbiografien ab Mitte der 90er-Jahre. Traditionsgemäß schloss sich der Erfahrungsaustausch zwischen den örtlichen Seniorenbeiräten mit ihren Ideen, geplanten Vorhaben, Fragen sowie ihren Sorgen vor Ort an.

Die Teilnehmer auf dem Netzwerktreffen in Sternberg

Fotos: Landkreis LUP

Tipps und Unterstützungsangebote wurden ebenfalls ausgetauscht. Die Mittagspause bot die Möglichkeit, in 2er- der 3er- Gesprächen persönliche oder beiratsübergreifende Anliegen zu besprechen. Dies wird von den meisten Vertretern der Beiräte sehr geschätzt und kommt manchmal etwas kurz. Nach getaner Beratungs- und Informationsarbeit führte uns der nächste Tagesordnungspunkt ins Heimatmuseum Sternberg. Dort empfing uns Katrin Steffen, Leiterin des Objekts, zu einem kurzen Rundgang durch die Ausstellungsräume.

Kultur mit Gesang und Klavier mit Andrea Schulz, Dr. Volker Klaukim und Stephan Gottschalk

Einige sehr wertvolle Ausstellungsstücke entstammen der Region und sind teilweise tausende Jahre alt. Aber auch handwerkliche und alltägliche Gegenstände aus den vergangenen Jahrzehnten werden präsentiert.

Im Begrüßungs- und Veranstaltungsbereich des Hauses erlebten wir anschließend Kultur mit Gesang und Klavier mit Andrea Schulz, Dr. Volker Klaukim und Stephan Gottschalk. Sie präsentierten Volkstümliches, Kirchenmusik sowie Filmtitel aus dem Pop-Bereich. Unter dem Aspekt: „Live is live“ fanden diese unterhaltsamen Minuten großes Interesse und mit Applaus wurde nicht gegeizt. Ilona Mundt-Schalk und Wolfgang Blasko bedankten sich bei allen Akteuren für ihr Engagement im Beruf oder im Ehrenamt. Das Resümee des Tages war allerseits, diese Form der Zusammenarbeit zwischen Seniorenbeirat und SeniorenNetzWerk LUP beizubehalten.

Bernd Thieke, Anett Nuklies

LANDKREIS MECKLENBURGISCHE SEENPLATTE

Lebensqualität für Senioren in Waren-Müritz soll verbessert werden

Länger leben, in gewohnter Umgebung und aktiv und gesund - das war das Hauptthema, mit dem sich der Senioren- und Behindertenbeirat der Stadt Waren auf seiner Sitzung am 20. Mai 2025 beschäftigte. Dazu waren als Gesprächspartnerin Dr. Christiane David vom Landkreis Mecklenburgische Seenplatte und weiterhin der Beigeordnete Michael Löffler geladen. Sie stellten das erste seniorenpolitische Gesamtkonzept unseres Landkreises vor. Frau Dr. David hat mit einem Team dazu zwei Jahre recherchiert, Gemeinden aufgesucht und Gespräche geführt, um daraus Handlungsempfehlungen für die Gemeinden zu entwickeln, wie eine nachhaltige Verbesserung der Lebensqualität von Seniorinnen und Senioren geschaffen werden kann. Die angeführten Handlungsfelder machen deutlich, wie vielschichtig die Aufgaben sind und wie man sie bearbeiten könnte und sollte.

Zum Beispiel:

- Ortsplanung, Wohnen im Alter, Beratung
- Bürgerschaftliches Engagement und gesellschaftliche Teilhabe
- Betreuung und Pflege, Unterstützung pflegender Angehöriger
- Angebote für Zielgruppen usw.

Der neue Vorstand des Senioren- und Behindertenbeirats in Waren-Müritz

Foto: Stefanie Schabbel

Damit sollen nur einige Themen angerissen sein. Frau Dr. David stellte dem Beirat alles in einer ausführlichen Präsentation vor, die auch gleich zu einer regen Diskussion führte. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer wollten insbesondere auch von Herrn Löffler hören, wie es zukünftig in der Praxis umsetzbar sein wird. Der Landkreis MSE ist mit diesem Konzept Vorreiter im Land Mecklenburg – Vorpommern. Der Beirat wird an diesem Thema dranbleiben. Im zweiten Teil der Veranstaltung wurde ein neuer Vorstand gewählt. Zu Beginn wurde der verstorbenen ehemaligen Vorsitzenden, Irmtraud Kampe, gedacht, die fast zwanzig Jahre diesen Beirat leitete. Der Beirat verabschiedete weiterhin zwei langjährige Vorstandsmitglieder. Zum einen Friederike Dieck, die seit 2000 im Vorstand mitwirkte und zum anderen Helga May, die seit 2006 aktiv war. Ein herzliches Dankeschön gilt beiden und wir freuen uns, dass sie weiterhin im Beirat mitwirken werden. Der neue Vorstand des Senioren- und Behindertenbeirates ist wie folgt aufgestellt: Christine Bülow (Vorsitzende), Hanni Rossek (stellvertretende Vorsitzende), Inge Drell (Kassenwart), Ronny Reimann (Protokollant) sowie Heidemarie Engelking und Kerstin Kordowski als Beisitzerinnen.

Ab September wird es wieder regelmäßige Sprechstunden des Vorstandes geben.

Die Termine werden rechtzeitig im Warener Wochenblatt angezeigt.

Stefanie Schabbel
Gleichstellungsbeauftragte
Stadt Waren Müritz

Seniorenbeirat Neubrandenburg lädt zum Thema Klimaschutz ein

Die Folgen des globalen Klimawandels sind auch in der Vier-Tore-Stadt Neubrandenburg spürbar. So ist die Durchschnittstemperatur bis 2021 um 1,6 Grad gestiegen. Der Klimawandel wird das Leben auch in mittelgroßen Städten beeinflussen. Deshalb ist engagierter Klimaschutz so wichtig, um die Treibhausgase zu begrenzen. Gleichzeitig müssen wir uns auch an die unvermeidbaren Folgen des Klimawandels anpassen.

Die Stadt Neubrandenburg als Oberzentrum des größten deutschen Landkreises Mecklenburgische Seenplatte stellt sich den Herausforderungen der Klimaveränderungen. Die verbindlichen Klimaschutzziele der Stadt Neubrandenburg zeigen dabei den Weg auf, wie die Ziele erreicht werden können. Auf einer Veranstaltung des Seniorenbeirates der Stadt Neubrandenburg am 21. Oktopnber 2025 ab 14:00 Uhr in der Begegnungsstätte der Diakonie wird der Klimamanager der Stadt Neubrandenburg Herr Dr. Wolff hierzu und zu den Prognosen der kommenden Jahre referieren.

Helmut Wärmeling
Vorsitzender des SB Neubrandenburg

Nestwärme ist hier kein leeres Wort

Nach zwei Jahren Vorbereitung ist es endlich geschafft: Im Dezember 2024 wurde der Nestwärmehof Leuschentin e. V. gegründet.
Ziel ist es, einen Ort zu schaffen, an dem Jung und Alt zusammenkommen, sich austauschen und gegenseitig unterstützen.
Der Hof ist längst ein beliebter Treffpunkt: Seniorennachmittage, Kinderprojekte zum Kreislauf der Natur, Tierbegegnungen, Demokratieveranstaltungen und Jugendprojekte für sozial Gestrandete haben hier bereits viele Menschen bewegt.
Künftig finden unter dem Dach des Vereins auch die Selbsthilfegruppe Mecklenburgische Schweiz, für Menschen mit Angst, Panik und Depression, und die Senioren- und Behindertenininitiative der Region ein Zuhause.
Im Juli wurde zudem der Senioren- und Behindertenbeirat der Stadt Malchin gegründet. Zukünftig wollen wir diesen Beirat schnellstmöglich auf den gesamten Amtsbereich ausweiten, damit auch der ländliche Raum von seinen Beratungsangeboten profitieren kann. Am 19. September 2025 startet im Rahmen der Woche der seelischen Gesundheit der erste Trialog für psychisch erkrankte Menschen – später soll dieses Format auch für Kinder, Jugendliche und den Bereich Pflege angeboten werden.
Ein weiterer wichtiger Termin steht schon fest: Am 18. September 2025 veranstalten wir gemeinsam mit der Stadt Malchin und der Alzheimergesellschaft „Fürsorge stärkt Gemeinschaft – Gemeinschaft stärkt Lebensträume“.
Dabei geht es um kommunale Verantwortung im demografischen Wandel – ein Thema, das perfekt zu unserem Vereinsgedanken passt.
Wer den Nestwärmehof kennenlernen oder unterstützen möchte, ist herzlich willkommen – ob durch Mitarbeit, Ideen oder Spenden.
Gemeinsam schaffen wir einen Ort, an dem „Nestwärme“ kein leeres Wort ist.

Ein Rundgang auf dem Hof

Gemütliches Beisammensein

Anke Stegemann
Vorstandsvorsitzende
Nestwärmehof Leuschentin e.V.

LANDKREIS VORPOMMERN-RÜGEN

Wege aus der Einsamkeit

Der Seniorenbeirat Stralsund hatte am 3. Juni 2025 in den Löwenschen Saal im Rathaus Stralsund zu einem Vortrag zum Thema „Alt, allein, einsam“ eingeladen.
Es referierte Frau Prof. Dr. Claudia Vogel von der Hochschule Neubrandenburg.
Wir dankten Frau Prof. Dr. Claudia Vogel, die in einfühlsamer Weise die Teilnehmerinnen und Teilnehmer in das Thema mitnahm und auch Zeit für Fragen und Beiträge der Anwesenden integrierte, wobei gemeinsame Lösungsansätze zur Sprache kamen, die für ein gutes Leben im Alter Hoffnung geben.
Durch soziale Medien und die Zeitung vor Ort wurde im Vorfeld auf die Veranstaltung aufmerksam gemacht. Die Stadtverwaltung Stralsund unterstützte mit einem Flyer.
Hierfür möchten wir uns recht herzlich bedanken.
Der Nachmittag hat ein großes Interesse an der Thematik gezeigt, es sollte öfters die Möglichkeit geben, zeitnahe Probleme dieser Art in ähnlicher Weise anzusprechen.

Prof. Dr. Claudia Vogel berichtete über Wege aus der Einsamkeit

Brigitta Tornow

LANDKREIS VORPOMMERN-GREIFSWALD

Mitsingen und Zuhören – so wird Musik zu einem schönen Erlebnis

Musik schafft Frohsinn und macht manche Stunde leichter, als das Leben dann doch ist. Dies war auch dieses Jahr wieder Anlass für eine musikalische Stunde für interessierte Seniorinnen und Senioren der Stadt Pasewalk. Der Senioren- und Behindertenbeirat Pasewalk nahm diesen Gedanken erneut auf und organisierte in der Sankt-Marien-Kirche einen solchen Nachmittag. In den ersten Tagen des Monats Juli waren die darbietenden ehrenamtlichen Künstler, Herr Pastor Oh von der evangelischen Kirche, der Arbeitslosenverband und auch der Beirat voller Erwartung auf das Kommende. Es waren mehr als 100 Senioren der Stadt Pasewalk der Einladung gefolgt und sichtbar voller Erwartungen. Im Fazit kann festgestellt werden, dass niemand enttäuscht wurde. Im Gegenteil, der Eröffnung durch Pastor Oh folgte dann auch schon ein Auftritt des jungen Künstler Emil B. Er beeindruckte alle mit mehreren Musikstücken auf seiner Trompete. Wir fanden diesen Auftritt vor so vielen Menschen schon sehr mutig. Der Beirat wünscht Emil viele solcher begeisterten Auftritte. Einen sehr gelungenen Teil konnten alle Beteiligten durch den Chor der Volksolidarität Uecker-Randow erleben. Musikalisch vielfältig, künstlerisch hervorragend und auch zum Mitsingen anregend, das sind die Tribute, die diesen Chor auszeichnen. Eine wahre Freude, so viele gleichgesinnte Menschen in trauter Runde zu erleben. Bekanntlich ist Musik eine universelle Sprache, die jeden Menschen unterschiedlich inspiriert. Hier konnten wir erleben wie durch emotionales Erleben, stilles Genießen oder auch frenetische Begeisterung jede Teilnehmerin und jeder Teilnehmer die einzelnen Darbietungen aufnahmen. Natürlich wurde auch für das leibliche Wohl gesorgt. Jeder konnte sich mit Kaffee und Kuchen diesen Nachmittag noch ein wenig mehr versüßen. Der Arbeitslosenverband hatte für jeden etwas dabei. Alle Teilnehmer konnten für sich selbst eine Menge Freude und Frohsinn mit nach Hause nehmen. Der Senioren- und Behindertenbeirat möchte allen Aktiven herzlichst für den schönen Nachmittag danken.

Chor der Volksolidarität Uecker-Randow in der Sankt-Marein-Kirche

Kerstin u. Ralf Limp
Pressesprecher
Senioren- und Behindertenbeirat
der Stadt Pasewalk

LANDKREIS NORDWESTMECKLENBURG

Landkreis Nordwestmecklenburg
wo die Seele lächelt...

Aktionstag für Menschen mit Behinderung

Am 12. Mai 2025 wurde gemeinsam mit den Mitarbeiterinnen des Quartiermanagements der WOBAG im Wohngebiet Ploggenseering in Grevesmühlen der Aktionstag zur Gleichstellung der Menschen mit Behinderung durchgeführt. Erfreulich war, dass 42 Teilnehmende die Veranstaltung besuchten und sehr interessiert waren. Die „Aktion Mensch“ hatte das diesjährige Motto „Neustart Inklusion“ vorgegeben. Im Wohngebiet Ploggenseering wird ein Sanierungskonzept erstellt und soll in den nächsten Jahren umgesetzt werden. Eine Einwohnerversammlung über dieses Projekt fand erst kürzlich statt. In diesem Zusammenhang wurden die Fragebogen der Aktion Mensch genutzt, um bei einer Begehung die Fragen der Barrierefreiheit vor Ort

Behindertenverband e.V. GREVESMÜHLEN

Der „Barrierenabbaubaum“

Gemütlicher Austausch der Teilnehmenden

Fotos: H. Lange, I. Scheufler

zu betrachten. Dabei ging es nicht nur um bauliche Barrieren, sondern auch um Wohnqualität, Nähe zu Einkaufsmöglichkeiten, Ärzten und vieles mehr.

Mit diesen Checklisten in der Hand gingen wir gruppenweise durch das Wohngebiet. Mit dabei waren auch Menschen mit Behinderungen, die im Ploggenseering wohnen, sowie eine Rollstuhlfahrerin und gehbehinderte Menschen. Auch Mitglieder des Beirates der Menschen mit Behinderungen und des Seniorenbeirates des Landkreises sowie junge Menschen aus dem Quartier nahmen aktiv teil. Nach dem Rundgang wurden die positiven und negativen Aspekte erfasst und an den „Barrierenabbaubaum“ angeheftet. Es wurde deutlich, dass hinsichtlich der Barrierefreiheit, aber auch der Gestaltung des Wohngebietes, noch viel zu tun ist. Sicher gibt es schon jetzt abgesenkte Bordsteinkannten, aber zu wenige. Die Beleuchtung ist teilweise nicht ausreichend. Auch wären abgedeckte und abschließbare Fahrradständer vor den Eingängen wünschenswert. Vor einigen Wohnblöcken gibt es keine Fußwege. An dem Spielplatz fehlen Bänke. Die Gehwegeplatten haben sich teilweise gehoben und sind Stolperfallen. Diese und andere Ergebnisse werden der Stadt Grevesmühlen übergeben und sollen bei dem Sanierungsprojekt Berücksichtigung finden. Insgesamt war diese Veranstaltung ein voller Erfolg und viele Teilnehmende haben eine andere Sichtweise auf die Belange der Menschen mit Behinderung erlangt.

Heidrun Lange
Vorsitzende des Behindertenverbandes e. V. Grevesmühlen

Senioren besuchten die 2. Landessportspiele MV in Greifswald

Am 21. Juni 2025 verwandelte sich Greifswald in eine sportliche Hochburg: Der Landessportbund Mecklenburg-Vorpommern hatte gemeinsam mit dem Kreissportbund Vorpommern-Greifswald und zahlreichen Sportvereinen und -verbänden zu den 2. Landessportspielen eingeladen.

Im Rahmen des MV-Tages wurde die Universitäts- und Hansestadt zum Treffpunkt für Sportbegeisterte jeden Alters. Traditionsgemäß fuhren auch die Senioren aus dem Landkreis NWM mit 44 Teilnehmern zu dieser Veranstaltung. Am Bus wurden wir wie in jedem Jahr von der SPD Ortsgruppe Wismar mit Obst und Getränken verabschiedet. Unter dem Motto „Tradition – Innovation – Vielfalt“ erlebten wir einen Tag Bewegung.

Foto: Karin Lechner

Die Senioren vor der Abfahrt nach Greifswald

Auf der „Sportland“-Wiese in der Schützenstraße lockte ein buntes Mitmach- und Bühnenprogramm und schuf eine besondere Atmosphäre der Gemeinschaft.

Besonders begeistert waren wir von der Trommlergruppe. Ein rundum gelungenes Sportfestival für Groß und Klein – ganz im Zeichen der Vielfalt und Lebensfreude des Sports in Mecklenburg-Vorpommern.

Karin Lechner

Verleihung der Ehrenamtskarte auf Schloss Bothmer

Das Ehrenamt ist für Kommunen besonders wichtig. Nach Corona war es notwendig, Vereine und Verbände wieder für eine ehrenamtliche Tätigkeit zu motivieren. Gerade die kleinen Vereine hatten es schwer, ihre Arbeit wiederaufzunehmen.

In Nordwestmecklenburg kam uns die digitale Vernetzung durch das Filmbüro Wismar zugute. So konnten Verbindungen aufrechterhalten und Sorgen über diesen Weg mitgeteilt werden. Möglich war dies vor allem durch ehrenamtlich engagierte Menschen.

Die Ehrenamtskarte M-V ist eine persönliche Auszeichnung für diese Menschen, die alle ab dem 16. Lebensjahr erhalten können, die mindestens drei Stunden pro Woche ehrenamtlich tätig sind. Wenn Senioren 120 Stunden im Jahr im Ehrenamt unterstützen, kann ebenfalls die Ehrenamtskarte verliehen werden.

Die Ehrenamtskarte hat zwei Jahre Gültigkeit.

Mit der Karte erhalten die Inhaber verschiedene Vergünstigungen und Rabatte bei diversen Anbietern und Einrichtungen. Dazu gehören unter anderem Eintrittspreise für staatliche Einrichtungen wie Museen, Schlösser, und Seeschifffahrt sowie Rabatte bei Kultur und Freizeiteinrichtungen.

Mit der Ehrenamtsstiftung in Güstrow und dem Kreisseniorenbeirat Landkreis Nordwestmecklenburg besteht eine gute Zusammenarbeit. In NWM waren wir uns einig, eine Datei fürs Ehrenamt zu erstellen. So können wir Vereine und Verbände ansprechen und um Unterstützung bitten. Zum Beispiel bei Veranstaltungen oder Festlichkeiten. Anfang des Jahres haben wir angefangen für das ehrenamtliche Engagement zu werben und die Datei zu überarbeiten. Erfreut waren wir, dass die Ehrenkarten jetzt für drei Jahre ausgestellt werden. Um viele freiwillige Helfer zu erreichen, ehren wir bei öffentlichen Veranstaltungen.

Sieben Senioren wurden auf Schloss Bothmer ausgezeichnet. *Foto: Kreisseniorenbeirat NWM*

Von über 100 ausgestellten Karten zeichneten wir sieben Senioren auf dem Schloss Bothmer bei der Veranstaltung „LebensArt“ aus.

Der freie Eintritt zur „LebensArt“ war für die Ehrenamtler ebenfalls eine Anerkennung.

Gemeinsam mit dem DRK Nordwestmecklenburg sorgten wir dafür, dass es eine ehrenvolle schöne Veranstaltung wurde.

Karin Lechner

HANSESTADT ROSTOCK

Einsamkeit im Alter begegnen – „Rostocker Telefonkette“

Angebote zur gesellschaftlichen Teilhabe und zur Unterstützung bei Hilfebedürftigkeit sind entscheidend dafür, dass Menschen an ihrem Wohnort gut und selbstständig alt werden können. In Rostock lebten im Jahr 2021 51.790 Menschen im Rentenalter, Menschen ab einem Alter von 65 Jahren, davon waren 30 231 Frauen (Statistisches Jahrbuch 2022).

Viele von ihnen leben allein und mit zunehmendem Alter steigt das Gefühl der Einsamkeit und damit das Unsicherheitsgefühl der Menschen.

Die Gründe hierfür sind vielfältig: die Familie lebt entfernt, der Gesundheitszustand verändert sich, der Freundeskreis und die eigene Mobilität nehmen ab. Um dieser Isolation entgegenzuwirken, haben engagierte Seniorinnen und Senioren des Seniorenbeirates die „Rostocker Telefonkette“ initiiert.

Die „Rostocker Telefonkette“ ist eine kleine kommunikative Form der Notrufsicherung und stärkt das Sicherheitsgefühl älterer Menschen im Stadtgebiet. „Gerade Menschen, die nicht mehr gut mobil sind, vereinsamen schnell. „Dagegen wollen wir et-

was tun", sagt Hans-Joachim Engster, Vorsitzender des Seniorenbeirates der Stadt.

Wie läuft die Telefonkette ab?

Vorgesehen sind zwei Rundrufe pro Woche nach Absprache. Den Anfang und das Ende der Telefonkette bilden die Mitglieder Arbeitsgruppe des Seniorenbeirats. Der Rundruf wird in einer festgelegten Reihenfolge gestartet und jeder Teilnehmende ruft eine weitere Person an. Während des Rundrufs werden die Gespräche kurzgehalten aber außerhalb der Telefonkette können sie, wann immer sie mögen, den Kontakt untereinander intensivieren. „Die Erfahrung zeigt, dass sich, wenn man sich übers Telefon eine Weile kennengelernt hat, daraus Treffen und Unternehmungen ergeben können. „Das ist natürlich unser großes Ziel", so Hans-Jürgen Treuherz, Ansprechpartner für die Organisation der Telefonkette. Gesucht werden nun Menschen, die Teil der Telefonkette werden möchten und Engagierte, die eine eigene Telefonkette übernehmen möchten. Ab sofort wird Patricia Fleischer die Rostocker Telefonkette für den Seniorenbeirat Rostock mitkoordinieren.

Marlen Schmidt

Interessierte Seniorinnen und Senioren wenden sich an die Geschäftsstelle des Beirates oder direkt an die Projektverantwortlichen:

Hans-Jürgen Treuherz Tel. 0179 – 59 52 34 5
Iris Tschischke Tel. 0381 – 63 72 79 0
Geschäftsstelle des Seniorenbeirates der Hanse- und Universitätsstadt Rostock
Marlen Schmidt Tel. 0381 381-5450
Neuer Markt 1 (Rathausanbau, Raum 1.19)
18055 Rostock
E-mail: seniorenbeirat@rostock.de
Sprechzeiten: dienstags 9 – 12 Uhr (und nach Vereinbarung)

Bildung einer selbstverantworteten Senioren-Wohngemeinschaft

Der Seniorenbeirat der Hansestadt Rostock wirkte im Stadtteil- und Begegnungs-Zentrum Rostock-Südstadt (SBZ Rostock-Südstadt) ab 2020 als Ideengeber für die Initiierung eines Projektes zur Schaffung einer selbstverantworteten Senioren-Wohngemeinschaft.

Von den Rostocker Wohnraumanbietern und Wohnungsgenossenschaften ergriff die Wohnungsgenossenschaft Schifffahrt-Hafen Rostock (WGSH) die Initiative zur Herstellung des entsprechenden Wohnraumes.

An Stelle einer bis dahin örtlichen Interessengemeinschaft im SBZ Rostock-Südstadt gründete sich am 20. Oktober 2022 der übergreifende Rostocker Verein Tausamen tau Hus e. V. zur Schaffung, Etablierung und Begleitung selbstverantworteter Senioren-Wohngemeinschaften.

Am 4. September 2024 erfolgte eine Informationsveranstaltung im SBZ Rostock-Evershagen über die Schaffung einer selbstverantworteten Senioren-Wohngemeinschaft im „Brecht Park" Rostock-Evershagen.

Das Ziel ist es, eine Kultur des gemeinsamen Lebens selbstbestimmter Bewohner zu entwickeln und Einsamkeit zu verhindern. Wir wollen uns in unserer Wohngemeinschaft um eine Kultur des gegenseitigen Helfens und sich Helfen-Lassens bemühen.

Zur Realisierung der selbstverantworteten-Senioren-Wohngemeinschaft steht eine Gemeinschaftswohnung im Neubau des Wohnhochhauses „Brecht Park" in Rostock Evershagen, Martin-Andersen-Nexö-Ring 9c, zur Verfügung.

Die Gemeinschaftswohnung beinhaltet 10 Apartments von 26 bis 36 Quadratmetern Größe, jeweils mit eigenem behindertengerechtem Badezimmer und eigenem Balkon. Für alle Bewohner steht in der Gemeinschaftswohnung ein Gemeinschaftsraum von 56 Quadratmetern mit eingerichteter Küche und Wohn-Essbereich zur Verfügung.

Das Ziel besteht im gemeinschaftlichen Wohnen, verbunden mit der Möglichkeit des Rückzuges in das eigene Apartment.

Die Kosten für ein Apartment mit den anteiligen Gemeinschaftsflächen reichen je nach Größe von 422 bis zu 565 Euro.

Wir (WGSH und Verein) bieten den Raum zur Realisierung des Zieles und suchen Interessenten, die dieses Ziel mit uns leben möchten. Der Einzug in unsere selbstverantwortete Senioren-Wohngemeinschaft beginnt ab dem 1. September 2025, einige weitere Mitbewohner können sich gerne noch bewerben.

Aktuell wollen Verein und WGSH gemeinsam mit dem Seniorenbeirat bisher ungenutzte Formen und Wege der Kommunikation erschließen, um auch jene Seniorinnen und Senioren zu erreichen, denen das Angebot der selbstverantworteten Senioren-Wohngemeinschaft noch unbekannt ist. Die Vertreter der Ortsbeiräte im Seniorenbeirat sollen gebeten werden, das Projekt „Brecht Park" in ihren Wohngebieten noch besser bekannt zu machen.

Das gemeinsame Leuchtturmprojekt selbstverantwortete Senioren-Wohngemeinschaft „Brecht Park" soll jetzt zu einem guten Ziel geführt werden. Deren Erfahrungen werden in späteren Projekten berücksichtigt.

Helga Maaser
Tausamen tau Hus e.V.

Wir nehmen Abschied von Irmtraud Thomsen

Mit großer Betroffenheit nehmen wir Abschied von Irmtraud Thomsen, die am 31. Juli 2025 im Alter von fast 84 Jahren von uns gegangen ist. Ihr unermüdliches Engagement im Seniorenbeirat der Hanse-Universitätsstadt Rostock hat das Leben vieler älterer Menschen bereichert.

Seit mehr als 20 Jahren war sie Teil des Gremiums. Frau Thomsen wurde für ihre Herzlichkeit und ihr Verantwortungsbewusstsein geschätzt. Während ihrer Ehrenamtsarbeit im Seniorenbeirat hat sie Projekte ins Leben gerufen, die Einsamkeit bekämpften und Gemeinschaft förderten, sodass ein generationenübergreifendes Patenschaftsprojekt „Großelternpatenschaft“ und die „Rostocker Telefonkette – der heiße Draht von Mensch zu Mensch“ durch ihre Handschrift geprägt wurden. Mit ihrer aufmerksamen Art schenkte sie bei dieser Arbeit jedem Einzelnen das Gefühl, nicht allein zu sein. Die Zusammenkünfte für die Beiratsarbeit und die Arbeit an den Projekten wurden zu festen Treffpunkten, an denen neue Freundschaften entstanden. Wir sind dankbar für jede Stunde, die Irmtraud in ihre Mitmenschen investiert hat. Ihre Energie, ihr Optimismus und ihr offenes Ohr bleiben unvergessen. In unseren Herzen lebt ihr Andenken weiter, als Mahnung, achtsam aufeinander zuzugehen und solidarisch zu handeln.

In stiller Trauer
Der Seniorenbeirat der Hanse- und Universitätsstadt Rostock
Der Seniorenbeirat Südstadt/Biestow
Geschäftsstelle
des Seniorenbeirates der Hanse- und Universitätsstadt Rostock
Marlen Schmidt

Neunter Altersbericht der Bundesregierung

Anmerkungen des Bundesverbandes der Volkssolidarität

Anliegen dieses Berichts war die Untersuchung der unterschiedlichen Lebenssituationen älterer Menschen in Deutschland und das Aufzeigen von Ungleichheiten bei den Möglichkeiten gesellschaftlicher Teilhabe. Er beleuchtet diese sozialen Unterschiede und weist auch auf strukturelle Benachteiligungen im Alter hin, mit dem Ziel, gleichberechtigte Partizipation zu fördern und darauf hinzuwirken, strukturelle Barrieren abzubauen. In den Prozess der Erarbeitung des Berichts wurden auch Sozial- und Wohlfahrtsverbände einbezogen. So nutzte auch die Volkssolidarität die Einladung, sich bei Veranstaltungen aktiv an den Gesprächen zu beteiligen und ihre Perspektive und Kompetenz insbesondere in Bezug auf die spezifischen Probleme und Herausforderungen in Ostdeutschland einzubringen. Zu einigen inhaltlichen Aspekten möchte sich die Volkssolidarität äußern.

Soziale Sicherheit als Voraussetzung gesellschaftlicher Teilhabe

Die Einkommenssituation älterer Menschen weist Unterschiede zwischen Geschlechtern, Regionen und Herkunftsgruppen auf. Die gesetzliche Rentenversicherung bleibt die zentrale Säule des Einkommens nach dem Erwerbsleben. Dies gilt in besonderem Maße für Ostdeutschland, wo eine Absicherung durch private Vorsorge oder Betriebsrenten kaum vorhanden ist. Mit den Rentenreformen seit den 1990er Jahren hatte die Beitragsstabilität Priorität erlangt gegenüber dem Anspruch der Lebensstandardsicherung. Dafür wurde mit der sogenannten „Riester-Reform“ in Kauf genommen, dass das Rentenniveau bis 2030 auf 43 Prozent sinken würde. Zusammen mit der Altersberichtskommission begrüßt die Volkssolidarität, dass der Gedanke der Leistungssicherung wieder ein wenig Einzug in die politischen Überlegungen gehalten hat, indem das Rentenniveau vorerst bei 48 Prozent gehalten werden soll. Doch wird das kaum ausreichen, um Altersarmut künftig zu vermeiden. Der Altersbericht spricht zurecht von einer „sozialpolitischen Untergrenze“, vermeidet aber die Forderung nach einer Erhöhung etwa auf 53 Prozent wie die Volkssolidarität. Auch macht er für die künftige Finanzierung der Gesetzlichen Rentenversicherung keine anderen Vorschläge, als die seit längerem im politischen Alltag genannten, nämlich die Erhöhung der Beschäftigung bei Frauen, Älteren und Migranten. Die Volkssolidarität plädiert dafür, weitere Einkommensgruppen, wie Beamte, Selbstständige und Abgeordnete einzubeziehen und die Rentenversicherung zu einer Erwerbstätigenversicherung zu entwickeln. Und obwohl die Kommission festhält, dass das Ziel der „Lebensstandardsicherung aus drei Säulen“ nicht erreicht wurde, das 3-Säulen-Modell die Ungleichheit der Alterseinkommen noch verstärkt und die Riesterrente „als gescheitert angesehen werden (muss)“ enthält sie sich einer deutlicheren Kritik der Privatisierung der Altersvorsorge. Die Volkssolidarität ist nicht prinzipiell gegen private Vorsorge als Ergänzung zur gesetzlichen Rente. Doch darf sie nicht dazu missbraucht werden, Leistungskürzungen der gesetzlichen Rente auszugleichen.

Den Vorschlägen der Alterskommission, die Grundrente zu verbessern, indem auf Bedürftigkeitsprüfung verzichtet und die prozentuale Höher-

wertung durch die Aufstockung auf einen Mindestbetrag ersetzt wird, stimmt die Volkssolidarität ausdrücklich zu. Ebenso der Verbesserung der Erwerbsminderungsrenten durch Streichung der Abschläge bei „vorzeitiger" Inanspruchnahme der EM-Rente.
Nicht akzeptabel ist, dass 60 Prozent der Menschen, denen Leistungen der Grundsicherung bei Alter oder Erwerbsminderung zustehen, diese nicht in Anspruch nehmen („versteckte Armut"). Deshalb unterstützt die Volkssolidarität die Vorschläge, Barrieren bei der Inanspruchnahme von Leistungen zu senken, etwa durch Vereinfachung von Regeln und Verfahren, verständliche Formulare und eine offensive Leistungsvermittlung. Darüber hinaus fordert die Volkssolidarität weitere Maßnahmen, z.B. die stärkere Berücksichtigung altersbedingter Zusatzkosten und somit die Wiedereinführung des Mehrbedarfszuschlags.

Erwerbsarbeit, Pflege und Engagement

Immer mehr Ältere sind erwerbstätig, oft um die Rente aufzubessern. Dabei sind es vor allem Frauen, die häufiger in Teilzeit arbeiten. Auch die Pflege- und Sorgearbeit liegt weiterhin überwiegend bei Frauen. Zwei Drittel der pflegenden Angehörigen unter 65 Jahren sind erwerbstätig. Der Kommissionsbericht empfiehlt Maßnahmen zur besseren Vereinbarkeit von Pflege und Beruf, zum Beispiel durch ein Familienpflegegeld für pflegende Angehörige und einen stärkeren Ausbau ambulanter und teilstationärer Pflegeangebote. Freiwilliges Engagement bleibt ein wichtiger Teil gesellschaftlicher Teilhabe. Die Volkssolidarität unterstützt die Forderung nach stärkerer Beteiligung Älterer und Benachteiligter und nach Förderungen barrierefreier Beteiligungsmöglichkeiten. Ausdrücklich befürwortet die Volkssolidarität eine verpflichtende Einführung kommunalpolitischer Seniorenvertretungen.

Wohnen und soziale Einbindung

Ältere Menschen leben überwiegend in einer eigenen Wohnung. Sie sind, wie auch die Jüngeren, nicht nur bei geringem Einkommen von den gestiegenen Mietkosten betroffen. Über die Hälfte der Mieter mit geringem Einkommen geben mehr als 40 Prozent dieses Einkommens für die Miete aus. Für Ältere und Menschen mit Beeinträchtigungen fehlen Millionen barrierereduzierte Wohnungen. Die Volkssolidarität fordert weitergehende Maßnahmen zum Schutz der Mietenden, wie zum Beispiel einen Mietendeckel, ein Kommunales Vorkaufsrecht und die Wiedereinführung der Wohngemeinnützigkeit. Die Volkssolidarität teilt die Empfehlung der Alterskommission zu mehr sozialem Wohnungsbau, Förderung der Wohnmobilität, zum Ausbau barrierearmer Wohnumfelder, der Versorgungsinfrastruktur und des ÖPNV. Weiterhin braucht es einen verstärkten Umbau für altersgerechte Wohnungen und einen stärkeren Hitzeschutz.

Gesundheit und Versorgung

Der Bericht unterstreicht den Zusammenhang von sozialer Teilhabe und Gesundheit. Deshalb sollen soziale Netzwerke in den Lebenswelten älterer Menschen gefördert werden. Das Umfeld des Wohnquartiers (Grünflächen, Luftverschmutzung, Hitze oder Lärm) wirkt auf Gesundheit und Lebensqualität. Für Ältere mit wenig Einkommen und in ländlichen Gebieten ist der Zugang zur Gesundheitsversorgung erschwert. Es fehlt an Personal und integrierten Versorgungsangeboten. Das und hohe Eigenanteile schränken Verfügbarkeit und Qualität in der Pflege ein. Die Kommission empfiehlt, die Kommunen stärker an der medizinischen und pflegerischen Versorgungsplanung zu beteiligen, soziale und regionale Ungleichheiten gezielt abzubauen und die Finanzierungsgrundlage der Pflegeversicherung zu erweitern. Das begrüßt die Volkssolidarität und fordert ebenfalls die nationale Koordination altersfreundlicher Lebensräume, die Entwicklung geriatrischer, psychiatrischer und präventiver Angebote und die Begrenzung der Eigenanteile. Unser Verband geht bei der Forderung nach der Verbreiterung der Finanzierungsgrundlage weiter und fordert die Anhebung der Beitragsbemessungsgrenze und die Einführung einer Pflegevollversicherung.

Teilhabe ermöglichen – Verantwortung teilen

Seniorenpolitik muss als Querschnittsaufgabe verstanden und strukturell verankert werden. Nach einem Rechtsgutachten, das die BAGSO in Auftrag gegeben hat, ist die Altenhilfe nach §71 SGB XII verpflichtend für Kommunen und kreisfreie Städte. Somit müssen Beratung und Angebote für Begegnungen und Unterstützung von Engagement für ältere Menschen zur Verfügung gestellt werden. Die Volkssolidarität schließt sich der Forderung der BAGSO an, dass die Städte und Kreise dieser Verpflichtung nachkommen sollen. Der Altersbericht empfiehlt niedrigschwellige, zugehende Angebote und die diversitätssensible Ausgestaltung der Altenhilfe. Die Volkssolidarität fordert darüber hinaus die Länder auf, verbindliche Richtlinien zu §71 SGB XII zu schaffen, und den Bundgesetzgeber, sich für qualitativ hochwertige Strukturen einzusetzen. Die Kommission spricht sich für einen Diskussionsprozess unter Beteiligung von Politik und Sozialverbänden aus. Die Volkssolidarität bietet ihre Expertise und Mithilfe dazu an.

Schlussbemerkung

Der Altersbericht bietet wichtige Impulse für Politik und Gesellschaft, um gute Rahmenbedingungen für ein gelingendes Altern zu schaffen. Die Empfehlungen sollen Entscheidungsprozesse unterstützen und zur Verbesserung der Lebensbedingungen älterer

Fortsetzung auf Seite 30

Fortsetzung von Seite 29

Menschen beitragen. Wünschenswert wäre eine Evaluation, wann und inwieweit Empfehlungen der früheren Altersberichte von der Politik umgesetzt wurden.
Wünschenswert für die Volkssolidarität als großem ostdeutschen Sozial- und Wohlfahrtsverband wäre auch eine noch stärkere Heraushebung der Lebens- und Infrastrukturverhältnisse in Ostdeutschland gewesen. Sie begrüßt, dass auch die neue Bundesregierung eine Ostbeauftragte ernannt hat. Bei allen soziodemografischen Strukturdatenerhebungen zeigen sich die Grenzen der fünf „neuen" Bundesländer. Im Bericht wird immer wieder einmal darauf hingewiesen, wenn es etwa um soziale Infrastruktur, Wohneigentumsquote, Einkommen, Vermögen, Altersstruktur und Versorgungslage geht. Doch für die Volkssolidarität wäre es angemessen gewesen, wenn dieser Altersbericht für Ostdeutschland ein eigenes Kapitel enthalten hätte.

Der Neunte Altersbericht der Bundesregierung kann unter
https://www.neunter-altersbericht.de/bericht
und eine ausführliche Stellungnahme der Bundesarbeitsgemeinschaft der Seniorenpolitischen Organisationen (BAGSO), in der der Bundesverband der Volkssolidarität Mitglied ist, kann unter
https://www.bagso.de/fileadmin/user_upload/bagso/06_Veroeffentlichungen/2025/Stellungnahme_Neunter_Altersbericht_Alt_werden_in_Deutschland.pdf
heruntergeladen werden.

Holger Weidauer
Referent Grundsatzfragen Sozialpolitik
Volkssolidarität Bundesverband e.V.

Forderungen der BIVA zum Hitzeaktionstag 2025

Gesetzliche Verankerung des Hitzeschutzes in Pflegeheimen

Der BIVA-Pflegeschutzbund begrüßt den bundesweiten Hitzeaktionstag am 4. Juni ausdrücklich. Er lenkt die Aufmerksamkeit auf eine zunehmende Gesundheitsgefahr, die insbesondere ältere und pflegebedürftige Menschen betrifft – und für die es bislang zu wenige verbindliche Schutzmaßnahmen gibt.

Pflegebedürftige besonders gefährdet

Hitzewellen führen regelmäßig zu einer erhöhten Sterblichkeit bei älteren Menschen. Pflegebedürftige sind dabei besonders betroffen: Viele von ihnen können nicht selbstständig für Abkühlung sorgen, ihre körperliche Regulation ist eingeschränkt, und sie sind auf strukturierte Schutzmaßnahmen angewiesen. Der Klimawandel wird diese Belastung weiter verschärfen. „Hitze kann für pflegebedürftige Menschen lebensgefährlich sein – und sie sind oft völlig abhängig davon, dass andere für ausreichenden Schutz sorgen, können ihre Zimmer häufig nicht selbst verlassen oder lüften", warnt Ulrike Kempchen, Leiterin der BIVA-Rechtsberatung. „Deshalb braucht es jetzt verbindliche Standards, um Pflegeheime baulich und organisatorisch besser auf Hitzewellen vorzubereiten."

Pflegeeinrichtungen oft unzureichend ausgestattet

In vielen stationären Einrichtungen fehlen grundlegende bauliche Voraussetzungen wie außenliegender Sonnenschutz, Verschattung, effektive Lüftungskonzepte oder Maßnahmen zur Wärmereduktion. Gleichzeitig gibt es keine bundesweit einheitlichen Anforderungen zum sommerlichen Wärmeschutz, anders als beispielsweise in den detaillierten Regelungen zum Arbeitsschutz. Die Verantwortung für bauliche Vorgaben liegt bei den Ländern – doch diese kommen ihrer Rolle bislang nicht ausreichend nach.
Zum einen finden sich bislang keine verbindlichen Vorgaben zum Hitzeschutz in den jeweiligen Bauverordnungen der Länder, in denen geregelt wird, welche baulichen Standards Pflegeeinrichtungen einhalten müssen. Zum anderen haben die Länder laut Gesetz auch die Aufgabe, Investitionskosten zu fördern. Diese Verpflichtung vernachlässigen sie seit Jahren zunehmend. „Jetzt wäre der richtige Zeitpunkt, die Investitionskosten wieder stärker zu fördern – und sie gezielt für den klimabedingten Umbau zu nutzen", so Kempchen. Dadurch könnte verhindert werden, dass die Bewohnerinnen und Bewohner noch stärker als ohnehin schon finanziell belastet werden.

BIVA fordert verbindliche Maßnahmen der Länder

Der BIVA-Pflegeschutzbund sieht daher die Länder in der Pflicht und fordert:

- die Verankerung klarer Hitzeschutz-Anforderungen in den Landesbauverordnungen für stationäre Einrichtungen,
- gezielte Förderprogramme der Länder, um bestehende Gebäude nachzurüsten
- sowie die systematische Einbindung des Hitzeschutzes in die Prüfungen von Medizinischem Dienst und Heimaufsicht.

„Der Klimawandel macht aus Hitzewellen eine Dauergefahr – umso wichtiger ist es, pflegebedürftige Menschen nicht länger ungeschützt zu lassen", so Kempchen. ■

Deutscher Alterssurvey

Menschen in der Lebensmitte stärker einsam als im Rentenalter

Wie einsam sich ein Mensch fühlt, steht in einem statistischen Zusammenhang mit seinem Alter, seinem Einkommen und der Frage, ob er oder sie einem Beruf nachgeht. Das ist das Ergebnis einer Auswertung des Deutschen Alterssurveys, die das Deutsche Zentrum für Altersfragen (DZA) im Auftrag des Bundesfamilienministeriums zum Thema Einsamkeit vorgenommen hat.

Die Ergebnisse zeigen: Etwa jede elfte befragte Person ab 43 Jahren fühlte sich „sehr einsam". Dabei fühlen sich die ab 76-Jährigen durchschnittlich weniger einsam als die Gruppe der 43- bis 55-Jährigen. Neben Alter und Geschlecht spielt der sozio-ökonomische Status – abgebildet über Einkommen und Erwerbsstatus – eine wichtige Rolle.

Bundesministerin für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Karin Prien: „Einsamkeit betrifft längst nicht nur ältere Menschen – auch in der Lebensmitte ist sie weit verbreitet, oft unsichtbar und unterschätzt. Studien zeigen sogar: Gerade in dieser Lebensphase ist das Gefühl zwar nicht für alle, aber doch für einige besonders ausgeprägt. Zwischen beruflichem Druck, familiären Verpflichtungen und gesellschaftlichen Erwartungen fehlt vielen das Erleben von echter Verbundenheit.

Die Folgen sind gravierend – für die psychische Gesundheit, das soziale Miteinander und den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Deshalb setzen wir gezielt dort an, wo Menschen einander begegnen: im Arbeitsleben, im Ehrenamt, in Schulen, Vereinen und sozialen Einrichtungen. Mit der Allianz gegen Einsamkeit schaffen wir neue Partnerschaften und Impulse, um Menschen in der Mitte des Lebens wieder stärker in die Mitte der Gesellschaft zu rücken."

Wie einsam sich Menschen in der zweiten Lebenshälfte fühlen, lässt sich mit Daten des Deutschen Alterssurveys auf einer Skala von 1 bis 4 abbilden – von „gar nicht einsam" bis „sehr einsam".

Der Mittelwert basiert auf Antworten zu sechs Fragen, die das Gefühl von sozialer Nähe und Isolation erfassen.

Substanzielle Unterschiede zeigen sich beim Einkommen.

Personen, die als armutsgefährdet gelten, fühlen sich einsamer als Personen mit mittleren und höheren Einkommen. Ebenso deutlich sind die Unterschiede beim Erwerbsstatus: Erwerbstätige fühlen sich weniger einsam als Nicht-Erwerbstätige, allerdings nur im Erwerbsalter (43 bis 65 Jahre).

Ab 66 Jahren, also dem üblichen Ruhestandsalter, gibt es keine signifikanten Unterschiede im Einsamkeitsempfinden zwischen Menschen, die einer Erwerbstätigkeit nachgehen und denen, die es nicht tun.

Wer nicht erwerbstätig ist, verliert oft nicht nur Einkommen, sondern auch soziale Kontakte, Alltagsstruktur und das Gefühl, gebraucht zu werden.

Hinzu kommt: Arbeitslosigkeit ist häufig stigmatisiert – das kann zu Rückzug, Schamgefühlen und in der Folge auch zu Einsamkeit führen. Bei Personen ab 66 Jahren besteht ein solches Stigma nicht mehr.

Das persönliche Netzwerk, etwa aus gleichaltrigen Freundinnen und Freunden, kann den Wegfall des Kontakts zu Kollegen und Kolleginnen kompensieren.

Die detaillierten Ergebnisse sind nachzulesen in:

Franz, M.-F., Stuth, S., & Huxhold, O. (2025).
Einsamkeit in der zweiten Lebenshälfte – Vorkommen, Verteilung und die Rolle des Erwerbsstatus [DZA Aktuell 03/2025].
Berlin: Deutsches Zentrum für Altersfragen.
https://doi.org/10.60922/e2ef-ct55

Weitere Informationen unter:
www.bmfsfj.de/bmfsfj/themen/engagement-und-gesellschaft/strategie-gegen-einsamkeit ■

IMPRESSUM

Herausgeber und Redaktionsanschrift:
Landesseniorenbeirat Mecklenburg-Vorpommern e.V.,
Haus der Begegnung Schwerin,
Perleberger Straße 22, 19063 Schwerin,
Tel.: (0385) 5 55 79 70
Fax: (0385) 5 55 89 61
E-Mail: lsb@landesseniorenbeirat-mv.de
www.landesseniorenbeirat-mv.de

Vorsitzender:
Joachim Kießling (V.i.S.d.P.)
Redaktion: Ilona Langer

Gefördert vom Ministerium für Soziales, Gesundheit und Sport Mecklenburg-Vorpommern

Gestaltung: Produktionsbüro Tinus

Veröffentlichte Meinungen müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen.
Nachdruck mit Quellenangabe gestattet. Belegexemplar erwünscht.

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 15. August 2025;
Redaktionsschluss für Nr. 4/2025: 7. November 2025

„Wer den Weg zur Natur findet – findet auch den Weg zu sich selbst."

Klaus Ender 2. April 1939 in Berlin; † 18. März 2021 in Bergen auf Rügen war ein deutscher Fotograf, Dichter, Aphoristiker und Buchautor.

Informieren Sie sich.
Wir beraten Sie gern.

Vollstationäre Pflege
Kurzzeitpflege
Verhinderungspflege
Urlaubspflege
Betreutes Wohnen
Mietwohnen
Tagespflege
Intensivpflege

Der **Wohnpark Zippendorf** ist eine Seniorenwohnanlage direkt am Schweriner Innensee.

Auf dem weitläufigen Gelände vereinen sich stationäre Pflegeeinrichtung, Tagespflege, Intensivpflege, ambulanter Pflegedienst, Betreutes Wohnen & Mietwohnen.

Ruhig ist es hier und das zu jeder Jahreszeit.
Der Straßenlärm ist fern und die Strandpromenade ist in 5 Minuten zu erreichen.

Es bieten sich reichlich Kontaktmöglichkeiten beim Einkaufen im „Park-Shop“, bei einem Besuch im „Park-Café“, bei Spaziergängen oder an schönen Tagen beim Verweilen auf den Parkbänken in der Grünanlage oder auf den Terrassen.

Freundliches Fachpersonal vermittelt ein Gefühl von Geborgenheit und gewährleistet qualifizierte Pflegeleistungen in allen Pflegestufen.

Wir wollen dem Menschen dort begegnen, wo er steht und ihn ein Stück seines Lebens begleiten.

Wohnpark Zippendorf, Alte Dorfstraße 45 , 19063 Schwerin

Prokurist/Einrichtungsleiter: Sven Kastell
Tel.: 0385 / 20 10 10 0

www.wohnpark-zippendorf.de